

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Freier Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Iselburger Zeitung

Nr. 166

Freitag, den 19. Juni

1925

Frankreichs Antwort auf das deutsche Sicherheitsangebot.

Bedenkliche französische Forderungen.

Von unserm Berliner Vertreter.

Berlin, 18. Juni. (Tel.)

Die Antwort der französischen Regierung auf den deutschen Sicherheitsvorschlag liegt jetzt zugleich mit dem Sicherheitsvorschlag, der bekanntlich eine Anregung zum Abschneiden der Sicherheitsfrage überhaupt gegeben hat, im Wortlaut vor. Es ist zweifellos gegenüber den Noten der Entente aus der vorausgegangenen Zeit ein Fortschritt, wenn diese Antwortnote in verbindlicher Form gehalten ist. Bei der sachlichen Würdigung der französischen Antwort erscheint es uns notwendig, zunächst daran zu erinnern, daß die Anregung zu der die Befriedung Europas in hervorragendem Maße berührenden Sicherheitsfrage in praktischer Form zuerst von deutscher Seite gegeben worden ist. Die französische Antwort macht sich die Grundgedanken des deutschen Vorschlages im wesentlichen zu eigen. Auch darin ist zweifellos ein Fortschritt festzustellen. Aber es erscheint uns nicht glücklich, wenn in der französischen Antwortnote mit der Frage der europäischen Sicherheit — das heißt in diesem Falle, wie es das deutsche Memorandum vom 2. Februar d. Js. vorgeschlagen hat, mit der gegenseitigen Garantie des gegenwärtigen Besitzstandes am Rhein und der Anregung Deutschlands zum Abschluß von Schiedsverträgen — die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund verknüpft wird.

Wir glauben, in Übereinstimmung mit den Verantwortlichen Stellen der Reichsregierung zu sein, wenn wir demgegenüber darauf hinweisen, daß uns diese Verknüpfung nur allzu sehr dazu angetan erscheint, die Lösung der Sicherheitsfrage nicht zu erleichtern. Deutschland ist bekanntlich grundsätzlich zum Eintritt in den Völkerbund bereit, macht ihn aber von der Erfüllung einiger Forderungen und der Befriedung einzelner Bedenken abhängig. Das sind die Forderungen nach einem Einbezug Deutschlands in den Völkerbundsrat, nach dem Recht auf koloniale Mandate, ferner die Bedingung, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht etwa als Anerkennung der im Versailler Vertrag Deutschland aufgewungenen Schuld am Kriege auszuweisen. Daneben richten sich die Bedenken der Reichsregierung in der Hauptsache gegen gewisse kriegerische Verpflichtungen der Völkerbundsmitglieder, vor allem gegen das sogenannte Durchmarschrecht. Alle diese Forderungen und Bedenken finden in der französischen Note keine Antwort. Es scheint uns trotzdem etwas voreilig, wenn daraus ohne weiteres der Schluß gezogen würde, daß die französische Antwort als Vorbedingung des Abschlusses eines Sicherheitspactes den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fordert. Jedenfalls wird aber über diesen Gesichtspunkt volle Klarheit geschaffen werden müssen, wie denn überhaupt bei den zu erwartenden Verhandlungen zunächst die Vorbedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund festgelegt werden müssen.

Zur Erleichterung der Lage trägt es u. E. ebenfalls nicht bei, wenn in der französischen Antwort die Frage des westlichen Sicherheitspactes verknüpft wird mit dem allgemeinen Schiedsgerichtsvorschlag. Es wird in der französischen Note zwar nicht von der Dignität Deutschlands gesprochen, aus dem Zusammenhang ergibt sich aber zwangsläufig, daß mit dieser Verknüpfung zweifellos die Interessen Polens und der Tschechoslowakei gewahrt werden sollen. Die Bedenken in dieser Beziehung erhalten weitere Nahrung durch den Umstand, daß die Note, obwohl sie den Grundgedanken des Schiedsgerichtes annimmt, gleichwohl die Möglichkeit eines gewaltsamen Zwanges offen halten will, und zwar sollen für die Schiedsgerichtsverträge, in denen nach französischer Auffassung auch der Anschluß Österreichs an Deutschland unterlagert werden soll, auch im Osten die Garantien der Westmächte sein. Da in England gegen jegliche Teilnahme an einem östlichen Garantievertrage eine entschiedene Abneigung besteht, so würde das praktische darauf hinauslaufen, daß Frankreich in einem Streitfall der sogenannte Garant zwischen Deutschland und Polen sein würde.

Wir können wiederholen, daß wir die Verknüpfung der so wichtigen Sicherheitsfrage mit diesen eigentlich von ihr fernabliegenden Fragen nicht billigen können. Allerdings wollen wir nicht so weit gehen, wie es bereits jetzt einige deutsche nationale Blätter tun, und die französische Note als für Deutschland unannehmbar bezeichnen. Das erscheint uns zum mindesten voreilig. Darüber aber wird man sich völlig im klaren sein müssen, daß die voraussichtlich in der nächsten Zeit beginnenden Verhandlungen über die vorstehend gekennzeichneten Fragen durchaus ernst zu nehmen sind, und daß sie sich sehr schwierig gestalten werden. Man könnte sogar so weit gehen, die Frage aufzuwerfen, ob Frankreich überhaupt den Willen hat, den deutschen Sicherheitsvorschlag ernstlich in Erwägung zu ziehen. Klarheit hierüber können erst die demnächst beginnenden Verhandlungen schaffen. Bis dahin wird man gut daran tun, nicht voreilig von „Unannehmbar“ zu reden. Aber auf der anderen Seite darf man sich auch nicht allzu großen Erwartungen über das Ergebnis dieser Verhandlungen hingeben.

Amundsen wieder in Spitzbergen.

Glückliche Rückkehr nach 28 Tagen.

Oslo, 18. Juni. (Drahtb.) Roald Amundsen ist heute morgen mit fünf Begleitern in Ringsbøen angekommen.

New York, 18. Juni. (Funktspruch.) Reuter teilt nach London eine Meldung der Associated Press, derzufolge Amundsen in Spitzbergen eingetroffen ist. — Nach einer anderen hier verbreiteten Nachricht, ist in Spitzbergen die Nachricht von Amundsen eingetroffen, worin er erklärt, daß er wohl auf sei.

New York, 18. Juni. (Funktspruch.) Prentice, ein Schwager des Teilnehmer an der Amundsen-Expedition, Ellsworth, hat eine Nachricht erhalten, wonach sämtliche Mitglieder der Expedition unverfehrt in Spitzbergen angekommen sind.

Die Nachricht von der glücklichen Rückkehr des kühnen Polarforschers Roald Amundsen und seiner Begleitung an den Ausgangspunkt der gefährlichen Expedition, die Ringsbøen auf Spitzbergen, wird in der gesamten Kulturwelt mit aufrichtiger Freude begrüßt werden. War doch wohl die Mehrzahl der Zeitgenossen, im Gegensatz zu Fritzjof Nansen und anderen Polarfahrern, des Glaubens, daß, nachdem Wode auf Wode ohne ein Lebenszeichen von den Fliegern verstrichen war, die schlimmsten Befürchtungen sich bewahrheiten würden. Wie selten ein wissenschaftliches Unternehmen hat dieser Flug zum Nordpol im Mittelpunkt des internationalen Interesses gestanden, sei es, weil er der Entdeckung des Südpols war, der nun nach Norden flog, sei es, weil diese erste arktische Flugzeugexpedition, schon so lange geplant, immer wieder hatte aufgeschoben werden müssen, sei es, weil auch die Reklame für sie sehr geschickt gemacht worden war oder weil der Sinn für alles Sportliche heute unter den Völkern allgemein weit stärker entwickelt ist, als es ehemals der Fall war. Die Gründe des

Interesses mögen aber gewesen sein, wie sie wollen, die Genugtuung darüber, daß die Mitglieder der Expedition wieder wohlbehalten aus den Regionen des ewigen Eises zurückgekehrt sind, wird jedermann teilen, der menschlich zu empfinden versteht.

Am 21. August sind die beiden Dornier-Wal-Flugzeuge mit Amundsen, dem amerikanischen Ingenieur Ellsworth, der die Expedition finanziert hat, und den übrigen Teilnehmern — darunter der deutsche Mechaniker Karl Feucht aus Friedrichshafen — in Ringsbøen gestartet. Sieben Minuten nach der Fahrt waren sie den Augen der Beobachter am Lande verschwunden. Man rechnete damit, daß sie in längstens acht Stunden den Nordpol erreicht und dort die norwegische Flagge gehißt, sowie die wissenschaftlichen Messungen gemacht haben würden und daß ihre Rückkehr nach weiteren acht Stunden zu erwarten sein würde. Am 23. Mai veröffentlichten die amerikanischen Blätter einen Funktspruch, daß Amundsen den Nordpol glücklich erreicht habe und nach verschiedenen erfolgreichen Messungen auf dem Rückwege nach Königsbøen sei. Nach einer Radiomeldung aus Oslo vom selben Tage sollte er kurz nach 6 Uhr morgens den Nordpol überflogen haben. Kamen diese Funktsprüche wirklich von Amundsen oder handelte es sich um eine Mystifikation? Entsprach eine spätere Nachricht den Tatsachen, daß Amundsen die Funteinrichtung überhaupt nicht mitgenommen hat, um mehr Benzin frachten zu können?

Aufklärung über die Ergebnisse und Ergebnisse der Expedition werden die nächsten Tage bringen. Dabei sichert der hohe sittliche und wissenschaftliche Ernst Amundsen von vornherein vor ähnlichem Schwindel, wie dem vor Jahren der Amerikaner Cool sich unbediente Ehren zu verschaffen wußte. Da auch die Behauptungen Pearss, des Landsmanns des Schwindel-Cool, der fast zu gleicher Zeit am Nordpol angekommen sein wollte, vor der wissenschaftlichen Nachprüfung nicht Stand gehalten haben, würde Amundsen, wenn er den Nordpol tatsächlich erreicht haben sollte, der Ruhm zufallen, Entdecker der beiden Erdpole zu sein.

Der Notenwechsel über den Garantiepakt.

Die französische Antwortnote.

tu Berlin, 18. Juni. (Tel.) Die von der französischen Regierung überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Wie die französische Regierung die deutsche Regierung durch ihre Note vom 20. Februar dieses Jahres wissen ließ, hat sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregung des Memorandums geprüft, das ihr am 9. Februar durch Sr. Excellenz Herrn von Hoch überreicht worden ist. Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritte der deutschen Regierung den Ausdruck friedlichen Bestrebens zu sehen, das mit dem ihrigen übereinstimmt. In dem Wunsche, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheitsbürgschaften zu geben, haben sie

die deutschen Vorschläge mit aller ihnen gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen können. Es hat sich als zweckmäßig herausgestellt, vor Eintritt in die sachliche Prüfung der Note die Fragen in volles Licht zu setzen, die die Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennenzulernen, da ein vorheriges Einvernehmen hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

I.: Das Memorandum erwähnt den

Völkerbund nur beiläufig. Nun sind aber die Alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundschartung gebunden, die für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthält. Auch die deutschen Vorschläge sind zweifellos auf das gleiche Ideal gerichtet, aber ein Abkommen ließe sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt und die Rechte genießt, die in der Völkerbundschartung vorgehoben sind. Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbund unter den in dem Schreiben des Völkerbundsrates vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beiträgt.

II.: Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, welche die Welt verlangt, darf

keine Änderung der Friedensverträge mit sich bringen. Die zu schließenden Abkommen dürften also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen, noch praktisch zur Abänderung der besonderen Bedingungen für die Anwendung dieser Vertragsbestimmungen führen. So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht

Verzicht leisten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

III.: Das Memorandum vom 9. Februar faßt zunächst den Abschluß eines Pactes zwischen den am Rhein interessierten Mächten ins Auge, der von folgenden Grundzügen ausgehen könnte: 1. Ablehnung jeden Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten; 2. strenge Achtung des gegenwärtigen Besitzstandes in den rheinischen Gebieten mit gemeinsamer und gesonderter Garantie der vertragschließenden Staaten; 3. Garantie der vertragschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles ergeben. Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die feierliche Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten (eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt werden dürfte) wegen der erneuten Befestigung der in dem Vertrag aufgenommenen Grundzüge für die Sache des Friedens haben würde. Zu den vertragschließenden Staaten muß offenbar

Belgien gehören, das in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat an dem Pacte teilnehmen mußte. Ebenso versteht es sich von selbst und geht auch aus dem Inhalt des deutschen Memorandums über diesen Pact hervor, daß der auf diesen Grundlagen zu schließende Pact weder die Bestimmungen des Vertrages über die Befestigung der rheinischen Gebiete, noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

IV.: Die deutsche Regierung erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich, sowie mit den übrigen am Rheinpact beteiligten Staaten

Schiedsverträge abzuschließen, die eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen. Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag darat, wie ihn Deutschland vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpactes bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte, und nur dann Raum für ein zwangswelches Vorgehen lassen dürfte, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpactes oder

Wachsender Fremdenhaß in China.

Kriegserklärung an England gefordert.

W. Shanghai, 18. Juni. (Tel.) Der Peking-Berichterstatter der halbamtlichen japanischen Nachrichtenagentur meldet, daß 60 Vertreter der führenden chinesischen Organisationen heute dem Kriegsminister folgende Forderungen unterbreitet haben. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien. 2. Entsendung chinesischer Truppen nach allen Handelsplätzen zum Schutze der chinesischen Einwohner. 3. Kriegserklärung an Großbritannien. Der Kriegsminister erwiderte, die beste Politik würde sein, wenn man sich auf friedliche patriotische Betätigung beschränke, und abwartete, bis die Ausländer zur Besinnung kämen, aber wenn es zum Schlimmsten komme, so würde die chinesische Regierung nicht gegen die Erwartungen des chinesischen Volkes handeln.

tu. London, 18. Juni. (Tel.) Nach den hier vorliegenden Berichten hält man es trotz der Agitation der Studenten nicht für möglich, daß in Peking Unruhen ausbrechen. Zur Zeit werden die Truppen Tschangschais in den Baracken der Vorstadt untergebracht; weitere 20 000 Mann werden in den nächsten Tagen erwartet. Weniger günstig lauten die Nachrichten aus der Provinz, wo die fremdenfeindliche Bewegung viel größeren Umfang angenommen hat.

W. London, 18. Juni. (Drahtb.) Reuter empfing eine dröhnende Meldung aus Shanghai, wonach sich die allgemeine Lage kritischer gestaltet. In Tschungking wurde der britische Konsul gezwungen, sein Amtsgebäude zu verlassen und seinen Wohnsitz im Lingmentempel zu nehmen. Die Angehörigen der britischen Nationalität werden auf der Straße mit Steinen beworfen und auch sonst tätlich angegriffen.

Die Krise im französischen Regierungsblok.

tu. Paris, 18. Juni. (Eig. Drahtb.) Die Auseinandersetzungen innerhalb des französischen Regierungsblokes scheinen sich weiter zu verschärfen. Zwar sind die Verhandlungen der sozialistischen Kammerfraktion noch nicht beendet; in der bisherigen Aussprache aber herrscht Einstimmigkeit, innerhalb der sozialistischen Fraktion darüber, daß die Politik des Kabinetts Painlevé nicht mehr die Politik der 11. Mai sei, der die Sozialisten ihre Unterstützung zugesagt hatten. Die meisten Organisationen sprechen sich gegen die Fortsetzung der bisherigen Politik aus und fordern, daß die Fraktion dem Kabinetts Painlevé das Vertrauen kündige. Wenn auch endgültige Beschlüsse erst heute Abend gefaßt werden, so kann doch kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Kammerfraktion für das Ende der Unterstützung des Kabinetts sich entscheidet wird.

tu. Paris, 18. Juni. (Tel.) Die sozialistische Kammergruppe trat gestern Abend zusammen, um über die Fortsetzung der Unterstützungspolitik und die Haltung der Parteien über das Finanz- und Marokko-Problem zu verhandeln. Es wurde Kritik an den Steuerplänen Castlons geübt. Von den meisten Rednern wurde die Lösung vom Kartell verlangt, weil die Fortsetzung der Unterstützungspolitik, die Spaltung der Parteien aufs Spiel setze. Es wurde beschlossen, den drei anderen Gruppen ein Manifest zu überreichen, in dem der Wille zum Ausdruck gebracht wird, die Regierung nur dann zu unterstützen, wenn sie die Kartellpolitik unverändert fortsetzt. Die Weiterberatung wurde auf heute nachmittag vertagt. Der radikal-sozialistische Exekutiv-ausschuss, der gestern ebenfalls eine Sitzung abhielt, beschloß, mit der Kartellpolitik und der Ausführung des Programms auf der Grundlage der letzten Versammlungswahlen fortzufahren.

Frankreichs Kriegspläne in Marokko.

tu. Paris, 18. Juni. (Tel.) Sauerwein glaubt im Matin die gestrigen Erklärungen Painlevés vor der Kammerkommission ergänzen zu können. Aus seinen Angaben geht dreierlei hervor: 1. daß Frankreich in Marokko keine größeren Operationen unternehmen wird und die Waffenruhe abgelehnt wird auf Grund der Blockade erwartet, 2. das militärische Oberkommando wird in die Hände eines Generals gelegt, der nicht dem Befehl des Marokkanischen Kaisers untersteht, 3. Painlevé steht und fällt nicht mit dem Kartell, sondern wird für den Fall eines Abfalles der Sozialisten mit den Stimmen der Rechtsparteien vorlieb nehmen.

Die letzten Meldungen.

Amundsen hat den Nordpol nicht erreicht.

tu. Kopenhagen, 18. Juni. (Drahtb.) Nach hier vorliegenden Meldungen soll Amundsen bei seinem Eintreffen auf Spitzbergen in einem Telegramm erklärt haben, daß er zwar wohlbehalten mit seinen Begleitern und den Flugzeugen zurückgekehrt sei, den Nordpol aber nicht erreicht habe.

tu. New York, 18. Juni. (Drahtb.) Nach einem Funkbericht sind Amundsens Flugzeuge infolge des bösen Wetters zu weit westlich gelandet und mußten nach einer Kursänderung ostwärts eine Notlandung vornehmen. Die beiden Flugzeuge wurden darauf zwischen Eismassen eingeschlossen. Amundsen ist vermutlich wegen dieser Schwierigkeiten zum Rückzuge gezwungen worden.

Sitzung des Vorstandes der Deutschen Zentrumspartei.
tu. Berlin, 18. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei, der am 23. Juni in Berlin zu einer Sitzung zusammentritt, wird sich auf dieser Sitzung hauptsächlich mit der Zollvorlage und der Aufwertungssache beschäftigen. Daneben wird aber auch die Frage der Regierungserweiterung in Preußen beraten werden.

Erhöhung der Zuschläge für Beamte.

tu. Berlin, 18. Juni. (Tel.) Der Haushaltsausschuss des Reichstages stimmte nach Ausführungen des Ministerialrates Lohholz einem sozialdemokratischen Antrag zu, den Zuschlag zum Beamtengehalt der Besoldungsgruppen 1 bis 7 mit Wirkung vom 1. Juni 1925 von 17,5 auf 20 Prozent zu erhöhen.

Der gleitende Kurs der Lire.

tu. Mailand, 18. Juni. (Drahtb.) Die italienische Lire erfuhr heute an der Schweizerischen Börse eine scharfe Abwärtsbewegung, und zwar von 19,35 Franken auf 18,50 Franken für 100 Lire. Der Diskont wurde von 6% auf 7% Prozent erhöht.

Markt- und Frankenschnotierungen.

h. New York, 18. Juni. (Funkdruck.) Schlusskurs der Markt 23,80; 100 Franken gleich 4,81 1/2 Dollar.

Baumwollnotierungen.

h. Bremen, 18. Juni. (Funkdruck.) Schlussnotierungen: Juli 25,85-72; Okt. 25,45-40; Dez. 25,45-39; Jan. 25,34-26; März 25,49-38; Mai 25,55-44.

h. Liverpool, 18. Juni. (Drahtb.) Umsatz 5000, Import 14 700, für den Export 2000. Schlussnotierungen: Loco 18,65; Juni 18,04; Juli 12,97; Aug. 12,82; Sept. 12,69; Okt. 12,55; Nov. 12,48; Dez. 12,46; Jan. 12,44; Febr. 12,45; März 12,47; April 12,48; Mai 12,49.

h. New York, 18. Juni. (Funkdruck.) Tendenz: stetig. Schlussnotierungen: Loco 24,35; Juli 23,68-68; Aug. 23,50-50; Sept. 23,45-45; Okt. 23,37-40; Nov. 23,58-60; Dez. 23,05-06; Jan. 23,30-30; Febr. 23,42-42; März 23,55-58. Zufuhren: Atlantik 2000; Inland 1000; Golf 3000, Frankreich 1000.

Getreidenotierungen.

h. Chicago, 18. Juni. (Funkdruck.) Schlussnotierungen: Weizen: Juli 155,25, Sept. 153,625, Dez. 153,875, wiffig; Mais: Juli 109,875, August 110,5, Sept. 89,75, schwach; Hafer: Juli 49,75, August 50,5, Sept. 52,625, schwach; Roggen: Juli 107,5, August 108, Sept. 110, wiffig.

auf Grund der Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für einen Schiedsvertrag geleistet wird. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich. Um diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Durchführung sichergestellt werden durch die gemeinsame und gesonderte Garantie derjenigen Mächte, die an der in den Rheinpakt aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen, dergestalt, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien es ablehnt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder einen Schiedspruch auszuführen, zu feindlichen Handlungen greife. Falls einer der Vertragsschließenden, ohne zu feindlichen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundsrat die Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um dem Vertrage Wirksamkeit zu verleihen.

V.: Die deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum hinzugefügt, sie sei bereit,

mit allen Staaten, die hierzu geneigt seien, derartige Schiedsverträge abzuschließen.

Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von dieser Zusicherung Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht Parteien des geplanten Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Frieden, dessen Befestigung der Rheinpakt anstrebt und für den er eine wesentliche Grundlage bilden soll, nicht völlig gewährleistet werden könnte. Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundsatzung und dem Friedensvertrage Rechte, auf die sie nicht verzichten und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht freimachen können. Diese im abgeschlossenen Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben, wie die in Abschnitt IV vorgesehenen. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles, sowie den geplanten Rheinpakt unterzeichnet hat, würde, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben, sich zu ihren Garantien zu machen.

VI.: Nichts in den in dieser Note ins Auge gefassten Verträgen darf die Rechte und Verpflichtungen berühren, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkerbundsatzung erwachsen.

VII.: Die für die Erhaltung des Friedens unerlässliche allgemeine Garantie der Sicherheit wäre nur dann vollständig, wenn alle in dieser Note ins Auge gefassten Abkommen gleichzeitig in Kraft treten.

Diese Abkommen müßten der Satzung entsprechend vom Völkerbund eingetragen und unter dessen Obhut gestellt werden. Es versteht sich endlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten dem so vermittelten Abkommen beitreten zu können glauben, die Beteiligung des großen amerikanischen Volkes an diesem Werke des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könnte.

Das sind die Hauptpunkte, hinsichtlich deren es notwendig erschien, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennen zu lernen. Die französische Regierung würde es begrüßen, hierauf eine Antwort zu erhalten, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue und wirksame Friedensgarantie bilden.

Das deutsche Sicherheitsangebot.

tu. Berlin, 18. Juni. (Tel.) Das mit der französischen Antwortnote veröffentlichte deutsche Memorandum in der Sicherheitsfrage hat folgenden Wortlaut:

Bei Erwägung der verschiedenen Möglichkeiten, die sich gegenwärtig für eine Regelung der Sicherheitsfrage bieten, könnte man von einem ähnlichen Gedanken ausgehen, wie er dem im Dezember 1922 von dem damaligen deutschen Reichskanzler Cuno gemachten Vorschläge zu Grunde lag. Deutschland könnte sich z. B. mit einem Pakt einverstanden erklären, wodurch sich die am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland, feierlich für eine näher zu vereinbarenden längere Periode zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Mit einem solchen Pakte könnte ein weitgehender Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich verbunden werden, wie er in den letzten Jahren zwischen verschiedenen europäischen Mächten abgeschlossen worden ist. Zum Abschluß derartiger Schiedsverträge, die eine friedliche Austragung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen, ist Deutschland auch gegenüber allen anderen Staaten bereit. Für Deutschland wäre außerdem noch ein Pakt annehmbar, der ausdrücklich den gegenwärtigen Bestanden am Rhein garantiert. Ein solcher Pakt könnte etwa dahin lauten, daß sich die am Rhein interessierten Staaten gegenseitig verpflichten, die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein unverändert zu achten, daß sie ferner und zwar sowohl gemeinsam als auch jeder Staat für sich (conjointement et separement) die Erfüllung dieser Verpflichtungen garantieren und daß sie endlich jede Handlung, die der Verpflichtung zuwiderläuft, als eine gemeinsame und eigene Angelegenheit ansehen werden. Im gleichen Sinne könnten die Vertragsstaaten in diesem Pakt die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantieren, die Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles übernommen hat.

Auch mit einem derartigen Pakt könnten Schiedsabreden der oben bezeichneten Art zwischen Deutschland und allen denjenigen Staaten verbunden werden, die ihrerseits zu solchen Absreden bereit sind. Den vorstehend angeführten Beispielen würde sich noch eine andere Lösungsmöglichkeit anreihen lassen. Auch könnten die diesen Beispielen zu Grunde liegenden Gedanken in der einen oder anderen Weise kombiniert werden. Im übrigen wird zu erwägen sein, ob es nicht ratsam ist, den Sicherheitspakt so zu gestalten, daß er eine alle Staaten umfassende Konvention nach Art des vom Völkerbunde aufgestellten Protocoll pour Reglement pacifique des Differends Internationalen vorbereitete und daß er im Falle des Zustandekommens einer solchen Konvention von ihr absorbiert oder in sie hineingearbeitet werden wird.

Die Dokumente des französischen Blaubuches.

Der erste Entwurf der Antwortnote an Deutschland.
tu. Paris, 18. Juni. (Tel.) Das französische Blaubuch, das heute vom Quai d'Orsay veröffentlicht worden ist, und das dreißig Seiten umfasst, enthält neun Dokumente:

1. Das Memorandum des deutschen Botschafters, enthaltend die Sicherheitsanforderungen vom 9. Februar.

2. Die Antwort des französischen Präsidenten des Großen Rates an den deutschen Botschafter vom 28. Februar mit der Mitteilung, daß die französische Regierung die deutschen Vorschläge mit ihren Alliierten gemeinsam prüfen werde.

Der Zeitpunkt der deutschen Antwort.

W. Berlin, 18. Juni. (Drahtb.) Zu den Erörterungen in der Presse über den Zeitpunkt der Antwort der Reichsregierung auf die französische Note in der Sicherheitsfrage hören wir von unterrichteter Seite, daß sich dieser Zeitpunkt im Augenblick noch in keiner Weise bestimmen läßt. Die Ausführungen der französischen Note berühren nahezu alle wichtigen Probleme der deutschen Außenpolitik. Es kommt hinzu, daß diese Ausführungen zum Teil juristisch außerordentlich kompliziert sind und in manchen Einzelheiten auch zu Zweifel darüber Anlaß geben, wie die alliierten Vorschläge zu verstehen sind. Aus diesem Grunde ist die sachliche Stellungnahme der Reichsregierung zu der Note erst nach sorgfältiger Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände denkbar.

Der Konflikt zwischen Reichsrat und Reichstag beigelegt.

tu. Berlin, 18. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Der Reichsrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag auf Antrag Preußens seinen Einspruch gegen den Beschluß des Reichstages, wonach das Wiederaufnahmeverfahren gegen Urteile des bayerischen Volksgerichtes zulässig ist, zurückgezogen. Damit ist der Konflikt zwischen dem Reichsrat und dem Reichstag in dieser Frage beigelegt.

hier vorliegenden
der Stadt nicht
hen. Zur Zeit wer-
raden der Vorstadt
en in den nächsten
die Nachrichten aus
gung viel größer

ter empfing eine
sch die aufge-
Tschungling wurde
ebäude zu verlegen
nehmen. Die Ange-
auf der Straße mit
lich angegriffen.

rungsblock.

Auseinander-
ligen Regie-
schaften. Zwar sind
amerikanisation noch
über herrschte Ein-
tion darüber, daß
vó nicht mehr
e Sozialisten ihre
Organisationen
tigen Politik aus-
zeit Paintens das
e Beschlässe erst
taum ein Zweifel
der Mehrheit
on für das
netts sich ent-

sozialistische
ammen, um über
die Haltung der
Problem zu ver-
rplanen. Caillaud
die Loslösung
kung der Unter-
auf Spiel fese.
pen ein Manifest
nd gebracht wird.
n sie die Kartell-
atung wurde auf
littische Ergebnis-
absicht, Beschloß
des Programms
nt fortzuführen.

glaubt im Mann
ammerkommission
dreierlei hervor:
eren Opera-
tion Abb. el
das militärische
erals gelegt, der
teht. 3. Paintens
n wird für den
n Stimmen der

gen.

reich.

Nach hier vor-
Entreffen auf
n, daß er zwar
zeugen zurück-
eicht habe.

ach einem Funk-
dichten Abes-
nach einer Kurs-
men. Die bei-
eismassen
wegen dieser
en.

rumsparthei.
ren Vertreters.)
spartei, der
mentritt, wird
ollvorlage
Daneben wird
eiterung in

te.
tsausschuß des
Ministerialrates
den Zuschuß
den 7 mit Wit-
t zu erhöhen.

enische Dire-
starke Abwärts-
Kranten für
egent erhöht.

n.
kurs der Markt

ußernotierungen:
Jan. 25,34—26;
5000, Import
Loco 13,65;
9; Okt. 12,55;
März 12,47;

steig. Schlus-
Aug. 23,50—50;
Dez. 23,05—06;
8. Zufuhren:
eich 1000.

ußernotierungen:
33,875, wiffig;
9,75, schwach;
Kog.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 19. Juni 1925.

Gewerbesteuerzahlung im Juni.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß ohne Rücksicht auf den Fortfall der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuerzahlung im Juni, die Gewerbesteuer im Juni zu zahlen ist. Ein Ertragssteuer ist der gleiche Betrag zu zahlen, wie im Mai (unter Zugrundelegung des Monats April). Die Lohnsummensteuer ist wie gewöhnlich nach den im Monat Mai gezahlten Gehältern und Löhnen zu berechnen und zu zahlen.

m. Arbeiterverein St. Paulus. Wenn die Witterung es gestattet, findet am kommenden Sonntag, den 21. d. Mts., Nachmittags im Garten des Vereinshauses ein Konzert des gesamten Vereinsorchesters statt. (Bei schlechtem Wetter im großen Saal). Anfang 5 Uhr. Auch Gönner und Freunde des Vereins sind herzlich willkommen. Eintritt frei.

n. Geflügelzuchtverein. Am Sonntag, den 21. d. Mts. hat der Verein Familienausflug nach dem Gute Dörgrüpping bei Rheede. Hinfahrt mit dem Zuge 3.20 Uhr bis Rheede, etwa eine Viertelstunde Fußmarsch bis zum Gute. Dortselbst Kaffeekränzchen, Kinderbelustigung usw. Rückmarsch über Tonwerke mit Musik. (Siehe Anzeige in der Sonntagsnummer).

3. Die Bautätigkeit in Bocholt. Gegenwärtig herrscht im hiesigen Baugewerbe Hochbetrieb. Ganz gleich, von welcher Seite man sich der Stadt nähert, überall stößt man auf eben begonnene, halb fertiggestellte und gerade vollendete Neubauten. Das ist nach der Ruhe, zu der der Baumarkt während der Kriegsjahre und in der ersten Zeit nach dem Kriege verurteilt war, ein erfreulicher Anblick. Ein wichtiges Gewerbe mit vielen Arbeitskräften erhält lohnende Beschäftigung, und ein Notstand, der weitreichende soziale und moralische Schäden im Gefolge hat, wird allmählich beseitigt, und zwar mit dem einzigen Mittel, das Erfolg hat. Außer einer Reihe groß angelegter industrieller Neu- und Erweiterungsbauten sind im Innern und in der näheren Umgebung der Stadt verschiedene Geschäfts- und private Wohngebäude im Entstehen begriffen. Daneben befinden sich die im Wohnungsbauprogramm der Stadt Bocholt, das von der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Februar dieses Jahres genehmigt wurde, vorgesehenen Wohnungen zum Teil schon in Arbeit. Es handelt sich bekanntlich um circa 100 Wohnhäuser, deren Herstellung von der Stadt und dem Bocholter Bauverein finanziert wird. Sie sollen hauptsächlich an der Schwaben- und Wülfersstraße errichtet werden. Einige von ihnen, und zwar von den an der Schwabenstraße liegenden, sind schon fast fertiggestellt. Nach dem Bauprogramm sollen 30 Einfamilienhäuser, für die die Stadt Bocholt dem Bauverein ein Darlehen von 200 000 Mark gewährt hat, und 12 Wohnneubauten, für die ein Darlehen von 65 000 Mark zur Verfügung gestellt wird, spätestens bis zum 1. Oktober d. Js. bezugsbar sein. Auch durch die Hauszinssteuer-Darlehen und die von der Stadt zu den gleichen Bedingungen wie erstere an Baukäufer gegebenen Gelder erfährt der Wohnungsbau im laufenden Jahre eine großzügige Förderung. Es wird daher, selbst wenn die vollständige Durchführung des aufgestellten Programms aus irgendwelchen Gründen nicht möglich wäre, doch eine merkliche Besserung auf dem Gebiete des Wohnungswesens sich bemerkbar machen. Hier ist auch der kleinste Erfolg hoch anzunehmen. Der Bau eines einzigen neuen Wohnhauses, das auch nur einer Familie ein Heim gibt, ist mehr wert als die zwangsweise Unterbringung von zehn Familien. Denn nicht nur die Wohnungssuchenden leiden unter der Wohnungsnot, sondern auch viele von denen, die auf amtlichem Wege eine Wohnung erhielten. Die Verhältnisse bleiben auch bei beiderseitigem guten Willen für Hausbesitzer und Zwangsmieter unerquicklich. Die Frage des Zusammenwohnens verschiedener Familien in demselben Hause muß der freien Wahl und Entscheidung der Parteien überlassen bleiben. Hier bleibt die Zwangswirtschaft ein notwendiges Übel, das allein durch vermehrte Bautätigkeit allmählich abgebaut gemacht werden kann.

s. Aus dem Strafjustizsaal. In der gestrigen Sitzung kamen folgende Strafsachen zur Verhandlung: Ein hiesiger Anstreicher hatte 1/2 Kilogramm Tabak und zwei Kilogramm Kaffee verbotsmäßig aus Holland eingeführt. Er erhielt wegen Kontenbande, Zoll- und Tabaksteuerhinterziehung und Grenzvergehens die gesetzlich festgesetzte Geldstrafe von 214 Reichsmark. Die beschlagnahmten Waren wurden eingezogen. — Eine Händlerin aus Essen war zum hiesigen Wochenmarkt gekommen, um Kurzwaren feilzubieten, was nach der Wochenmarktordnung verboten ist. Da sie der Aufforderung des Beamten, den Markt zu verlassen, nicht nachkam, ist sie mit einer Geldstrafe von 20 Reichsmark bestraft worden. — Ein Metzgermeister von hier ist angezeigt, seinen Aufbewahrungsraum für Fleisch nicht in Ordnung gehabt zu haben. An den Wänden und der Decke sollen Rattfüße lose herabhängen haben, die leicht in das unterstehende Fleisch fallen konnten. Auch an der Fleischschneidmaschine hingen noch alte Fleischreste. Gegen den Strafbefehl von 50 Reichsmark hatte der Angeklagte Einspruch erhoben. Zwecks Vernehmung weiterer Zeugen erfolgte Vertagung. — Ein Landwirt aus Vordingholt wurde mangels Beweises von der Anklage des unbefugten Waffenbesitzes auf Staatskosten freigesprochen. — Ein Kaufmann von hier, der als Margarinevertreter ein Kommissionslager führte und bei der Rundschau Gelder einlieferte, war angeklagt, einfassierte Beträge in Höhe von 8 509 Mark für sich behalten, also unterschlagen zu haben. Da der Angeklagte auf Grund seines Vertrages behauptete, die Firma habe nur einen zivilrechtlichen Anspruch, soll der Geschäftsführer der Margarinefabrik demnächst hierüber vernommen werden. — Ein Händler von hier wurde zu 70 Mark verurteilt, weil er eine Schenkungswirtschaft ohne Konzession betrieben hatte. Er hatte Bier zum Genusse auf der Stelle, nämlich in seinem Laden und seiner Stube, trinken lassen. Zum Flaschenbierhandel, lediglich zum Verkauf des Flaschenbieres über die Straße war er befugt. — Ein Fahrradhändler von hier erhielt eine Geldstrafe von 20 Mark, weil er seine Räumlichkeiten zu einem nach außen hin vernehmbaren Tanzvergnügen hergegeben hatte und zwar ohne vorherige polizeiliche Genehmigung. — Zwei auswärtige Chauffeure, die mit übermäßiger Geschwindigkeit gefahren und ohne Warnungszeichen die Ortschaft Rheede durchfahren haben sollten, mußten mangels sicheren Beweises auf Staatskosten freigesprochen werden.

a. Verkehrsstaßen. Den Wegweisern, Warnungs- und Verkehrsstaßen kommt bei der starken Zunahme des Straßenverkehrs besondere Bedeutung zu. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß Beschädigungen dieser Tafeln bei schwerer Gefängnisstrafe verboten sind. Außerdem muß der Täter die Kosten der Instandsetzung der beschädigten Tafeln tragen. Die Polizeibehörden sind angewiesen, besonders auf den Schutz der Tafeln zu achten.

3. Betriebsunfall. Gestern Nachmittag geriet in einer hiesigen Fabrik ein Arbeiter mit der rechten Hand in eine Scheermaschine und erlitt schwere Verletzungen. Der Verunglückte wurde von Mitgliedern der Freiwilligen Sanitätskolonne, die sehr schnell zur Stelle waren, zum Krankenhaus gebracht, nachdem ihm seine Arbeitskollegen schon den ersten Verband angelegt hatten.

po. Festnahme. Am Mittwoch wurde ein hiesiger arbeits-scheuer Mensch festgenommen, der in der letzten Zeit bei mehreren Einbruchsdiebstählen in Scheunen und Pferdeställen bei Landwirten in der Umgebung wertvolle Pferdegeschirre gestohlen hatte, die er dann verkaufte. Dadurch, daß ein Landwirt vor einiger Zeit sein gestohlenen Pferdegeschirr in der Stadt widererkannte, kam man auf die Spur des Täters, der auch bereits fünf Fälle eingestanden hat.

po. Betrug. Ein hiesiger Händler, der unbefugter Weise Handel mit Aktien betrieb, hatte bei einem Landwirt Aktien auf gekauft, wobei er schwindelhafte Angaben machte, um Kredit zu erhalten. Er wurde wegen Betruges zur Anzeige gebracht.

Bade nur mit Gas



rasch, sauber, billig.

3. Borken, 18. Juni. Pferderennen. (Schluß.) 9. Materialprüfung für Zuchtpferde, Klasse 3. 2. Heintz. Lüschaus, Borken, 3. derselbe, Wilsch; 4. Th. Sch. Wilsch, Gemenwithe, Alma; 5. Max Lüschaus, Lüschaus bei Herbest-Dorsten, Wilsch; 5. Heintz. Lüschaus, Borken, Schwester. — Klasse 4: Jährlingsstuten und Hengste. 1. B. Bödenhoff, Erie, Amel; 2. derselbe, Spinne; 3. Heintz. Garvert, Hoxfeld, Alma; 4. Heintz. Lüschaus, Borken, Nora. — Klasse 5: Angestörte Hengste. 1. Verein der Warmblutzüchter des Kreises Borken und angrenzenden Bezirke, Ansturm; 2. Schulze Scholle, Rige, Hazard. — Klasse 6: Familien, Stuten mit wenigstens drei unmittelbaren Nachkommen: 1. Heintz. Garvert, Lotte, Stammmutter; Nachkommen: Hedwig, Hela, Stutfohlen aus Lotte, Hengstfohlen aus Hedwig, Zita, Lore, Helene Hermine, Hedwig, Hazard; 2. Fried. Schulze, Hohlhausen, Ramsdorf, Sportsee, Stammmutter; Nachkommen: Hermelinde, Herold, Harmonie, Haddanna, Halali. — 10. Wettstreit der Jugendabteilungen der Reitervereine Borken, Bocholt, Coesfeld und Groß-Reken. Ehrenpreis der legenden Abteilung ein Andenken den drei besten Reitern der Abteilung. Es nehmen teil: Borken und Groß-Reken. Beiden Vereinen ein Preis und jedem Reiter ein Andenken. — 11. Eignungsprüfung für Wagenpferde (o. M.) Einpänner. 2 Ehrenpreise. 1. Hannchen, B. Lepping, Hoxfeld; 2. Caesar, Otto Fehlings, Bocholt. — 12. Eignungsprüfung für Wagenpferde (o. M.) Zweipänner. 2 Ehrenpreise. 1. Dr. B. Offizin, George Sartazin, Bocholt; 2. Franta Sanden, Bernh. Lepping, Hoxfeld. — 13. Reitprüfung für Reitpferde (Kl. A.) 4 Ehrenpreise. 1. Hallig, Detonomie Bröbbling, Borken; 2. Walfire, B. Bennemann, Crommert; 3. Reite, H. Lüschaus, Borken; 4. Cyrus, Joh. Schulze Wilsch, Crommert. — 14. Landwirtschaftliches Paarpringen (Kl. A.) Ehrenpreise den ersten drei Paaren. 1. Erna, Th. Schulze Wilsch, Gbelgard, Hubert Schulze Wilsch; 2. Hermes, Harald, Detonomie Bröbbling, Borken; 3. Gräfin Lotte, Cyrus, Joh. Schulze Wilsch, Crommert; 4. Harra, Marzella, Joh. Wilsch, Homer.

* Dorsten, 18. Juni. Schwerer Motorradunfall. Am Dienstag Abend fuhr der Wälschereibitzer J. Sudhöfer von hier auf der Chaussee in der Nähe vom Gut Lüschaus mit dem Motorrad in voller Fahrt gegen einen Baum und zog sich schwere Verletzungen am Kopf, Arm und Bein zu. Das Motorrad wurde fast vollständig zertrümmert. Von einem vorüberkommenden Lastauto wurde S. beunruhigt liegend im Graben aufgefunden und von den Begleitern des Autos, nachdem der erste Notverband angelegt worden war, ins hiesige Krankenhaus verbracht. S. ist bereits kurz nach Mitternacht seinen schweren Verletzungen erlegen.

Aus dem Kreise Rees.

a. Die Erwerbslosenbewegung beim Arbeitsamt Wesel im Monat Mai 1925. (Öffentlicher Arbeitsnachweis für den südlichen Teil des Kreises Rees). Am 30. April 1925 waren beim Arbeitsamt 380 männliche und 3 weibliche Personen mit insgesamt 653 Zuschlagsempfängern, erwerbslos gemeldet, außerdem sind noch 45 nicht unterstützte Erwerbslose und Jugendliche vorhanden. Die Zahl der vom Wohlfahrtsamt unterstützten Erwerbslosen hat sich infolge Auscheidens aus der Erwerbslosenfürsorge durch Fristablauf mit Ende Mai auf 7 erhöht. Am Ende des Berichtsmonats (31. Mai) waren an unterstützten Erwerbslosen 341 männl. und 5 weibl. Personen mit insgesamt 632 Zuschlagsempfängern vorhanden, ferner befanden sich in der Zahl 28 Notstandsarbeiter. Die Zahl der Notstandsarbeiter hat gegenüber dem Vormonat um 9 Personen abgenommen. Von den Erwerbslosen entfielen auf die Gemeinde Wesel 197 männl. und 4 weibl. Personen, Hülshorst 34 männl. Wilsingen 49 männl., Rees 54 männl. und 1 weibl., Haltern 4 männl. und Oberrhoden 3 männliche Personen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen nahm im Monat Mai um 89 Personen ab. beanträge auf Erwerbslosen-Unterstützung sind im Berichtsmonat 78 gestellt worden. In Arbeitsangelegenheiten pp. sprachen in diesem Monat 413 Personen beim Arbeitsamt vor. In Berufsberatung Angelegenheiten und Gehaltsfeststellung sind 27 Personen beim Arbeitsamt vorstellig geworden und konnten 9 Schulentlassene in Berufsstellen untergebracht werden. 83 Schul-

entlassene (37 Knaben und 46 Mädchen) suchen noch Beschäftigung als Autoschlosser, Schreiner, Elektrotechniker, Telegraphenarbeiter, Schlosser, Kaufmann, Musiker, Mechaniker, Konditor usw. — bzw. Näherin, Bureaugehilfin, Verkäuferin, Kindermädchen und dergl. mehr. — Die Herren Arbeitgeber (Arbeitgeberinnen) werden wiederholt gebeten, offene sowie Beschäftigten im Arbeitsamt, Stadthaus, Zimmer 4, anzumelden; denn jede Anmeldung von offenen Stellen vermindert die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge. In Arbeit konnten 120 Personen vermittelt werden, davon 41 in die Metallverarbeitungsindustrie, 2 in die Lederindustrie, 5 ins Holz- und Schnitzstoffgewerbe, 8 ins Verkehrsgewerbe, 45 in Lohnarbeit wechselnder Art. Die übrigen wurden in andere einschlägige Berufe vermittelt. Die Arbeitsmarktlage für kaufmännische und Bureauangestellte ist noch immer als ungünstig zu bezeichnen. 6 Bureau- und kaufmännische Angestellte konnten im Berichtsmonat in Stellen untergebracht werden. Die Gewerkschaft Friedrich Thyssen, Hamborn, teilte nach hier mit, daß sie infolge erheblicher Abschlagsverlängerungen zur Kündigung von mehr als 3000 Arbeitern schreiten mußte, das gleiche ist von der Zeche Hahberg bekannt, wo etwa 1000 Arbeitern gekündigt worden ist. Von dieser Maßnahme sind auch einige hundert Belegschaftsmitglieder, die im hiesigen Amtsbezirk ihren Wohnsitz haben, bedauerlicher Weise betroffen.

3. Wesel, 18. Juni. Auslandsanleihe des Kreises Rees. Der Kreistag des Kreises Rees beschloß sich in seiner letzten Sitzung die am 17. d. Mts. im Saale der Societät in Emmerich stattfindende, u. a. auch mit der Aufnahme einer Auslandsanleihe von 300 000 h. fl. Die geplante Erweiterung der Kleinbahnanlage durch Herstellung eines Güteranschlusses an den Reichsbahnhof Wesel erfordert einen Kostenaufwand von schätzungsweise 500 000 Mark. Da eine entsprechende langfristige Inlandsanleihe nicht zu erreichen ist, hat die Kreisverwaltung mit einer Amsterdamer Bank Verhandlungen aufgenommen, die nicht ergebnislos verlaufen sind und ein Darlehen bis zum Höchstbetrag von 300 000 h. fl. durch Begebung von Obligationen in Holland flüssig machen werden. Die Effektivverzinsung beträgt bei einer Hergabe auf zehn Jahre mit einem Kündigungsrecht für den Kreis nach fünf Jahren etwa 8,75 Prozent. Der Kreistag stimmte der Aufnahme der Anleihe zu. Ueber den Ausbau der Kleinbahn selbst soll jedoch später noch Beschluß gefaßt werden.

* Rees, 18. Juni. Alter Fund. Bei den Baggerungen im Rhein wurden Ende voriger Woche zwei alte Rüststücke gefunden und zwar ein kupferner Rückenpanzer für einen Menschen und ein Pferdekoppanzer.

Turnen, Sport und Spiel.

:: Stadtmesserschützen 1925. Die Faustballspiele sind nunmehr beendet. Auch hier zeigte sich wieder, daß nur diejenigen Aussicht auf Erfolg haben, die fleißig trainieren. Eine Mahnung an alle, die Übungsabende regelmäßig zu besuchen. Denn nur ein durchtrainierter Sportler darf im Wettkampf auf den Sieg rechnen. — Ergebnis im Faustball: 1. Turnverein Bocholt e. V. Stadtmesserschützen 1925 mit 5 Punkten; 2. Turnverein „Jahn“ mit 4 Punkten. — Am kommenden Samstag, den 20. Juni, abends 7,30 Uhr, stehen sich die beiden 1. Mannschaften vom F. C. Olympia und Turnverein Bocholt auf dem Platze des erstgenannten Vereins im Entscheidungsspiel um die Stadtmesserschützen im Handball gegenüber. Es dürfte ein interessantes und auch schönes Spiel geben. Dafür bürgen die Mannschaften beider Vereine. Ueber „Olympia“ Mannschaft etwas zu sagen, erübrigt sich wohl. Denn ihre Spielform ist wohl hinreichend bekannt. Die „Olympianer“ stellen eine flinke Handballmannschaft, die keinen Gegner zu scheuen braucht. Und T. V. Bocholt? Am Fronleichnamstage verlor sie gegen „Olympia“ 8:3. Allerdings spielten sie nicht mit der stärksten Elf, während der Verein am Samstag die stärkste Mannschaft entsendet. Der Wille zum Sieg ist wohl da, aber ob es reichen wird? Auf alle Fälle wird sich T. V. Bocholt gewaltig anstrengen müssen, um gut abschneiden zu können. Die Mannschaften treten in folgender Aufstellung an: F. C. Olympia: Simon, Hütte, Rittbusch, Miltz, Mohtus, Fehmar, Freund, Schäferski, Schwetling, Schneider, Rohls. T. V. Bocholt: Bebeling, Jos. Bubbung, Helmuth vom Schemm, Aug. vom Schemm, Brauer, Klein-Wiele, Adersgott, Abels, Brunwald, Buderath, Bulwag. Als Schiedsrichter fungiert ein Herr von auswärts, jedoch für einwandfreie Leitung garantiert werden kann. — Mitglieder der dem Stadtverband für Leibesübungen angeschlossenen Vereine haben nur gegen Vorzeigung der gültigen Mitgliedskarte Preisermäßigung. (Alles Nähere siehe Anzeige). Catla.

:: F. C. Olympia. Die Spieler werden an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß jeden Freitag, abends 8 Uhr, Trainingsstunde ist. Die Leitung liegt in den Händen eines Sportlehrers. Das Erscheinen sämtlicher Spieler wird erwartet.

:: D. J. A. Rheede. Am kommenden Sonntag findet seit langer Zeit zum ersten Male wieder ein Jgd.-Fußballspiel auf dem Sportplatz an der Bahn statt. Um 12 Uhr treffen sich dort die 2. Jugend T. u. B. Mussum und die 2. Jgd. des hiesigen Jugendvereins. Anschließend spielen die beiden 1. Jugendmannschaften der genannten Vereine. Wir können jedem Jugend- und Fußballfreund einen Besuch dieser beiden Spiele empfehlen.

:: Radspori. Der nächste Renntag findet am Sonntag, den 28. Juni, in Rheede statt. Die Rennen beginnen pünktlich um 8 Uhr. Gute Fahrer aus Dortmund, Köln und Münster haben sich gemeldet. Auch die heimatischen Fahrer werden an den Start gehen. Hoffentlich ist der Wettergott der Veranstaltung gnädig, damit der Radfahrer-Verein „Central“, Rheede, für seine Mühe und Kosten, welche bisher leider nicht gedeckt wurden, in reichem Maße entschädigt wird. Die genaue Meldeliste wird an dieser Stelle noch bekannt gemacht. Für alle Radsporfreunde heißt es am 28. Juni also: Auf nach Rheede. „All Heil!“ Bz.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kemps-Bocholt.

Am Montag vorm. zwischen Heidefeld u. Abweg Geuting ein **Soziussattel** **Kinderwagen** **Motorrad** 2 1/2 PS. m. Radstarter u. Verlaufs, gut fahrig. Sportwagen zu verkaufen. Näheres in d. Geschäftsstelle. **Motorrad** verloren. Wiederbringer erhält Belohnung. **Soziussattel** **Kinderwagen** **Motorrad** 2 1/2 PS. m. Radstarter u. Verlaufs, gut fahrig. Sportwagen zu verkaufen. Näheres in d. Geschäftsstelle.

Das Jahres-Seelenamt
für die verstorbenen
Ehefrau Julius Lefert
findet statt am Samstag, den 20. d. Mts. morgens 1/2 v. 8 Uhr in der St. Georgskirche, wozu freudl. eingeladen wird.

Bekanntmachung
Die Hebesitte über die Verteilung der Beiträge zur Ausführung der Viehseuchen-entzündungen für das Rechnungsjahr 1925 liegt von Montag, den 22. Juni 1925 ab 14 Tage lang im Verwaltungsgesamte, Hauptstraße, Zimmer Nr. 14, zur Einsicht der Beteiligten offen.
Bocholt, den 17. Juni 1925.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.
Es wird hiermit auf die neue Ordnung betr. die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk der Gemeinde Rheide hingewiesen.
Hiernach ist jeder Hundebesitzer in der Gemeinde Rheide verpflichtet, an dem Halsband des Hundes eine bei dem Gemeindevorstand einzulösende Metallmarke hängend zu befestigen.
Die Marken werden im Amtshaus zu Rheide in den nächsten 14 Tagen kostenlos abgegeben.
Hunde, die entgegen diesen Bestimmungen ohne die vorgeschriebene Kontrollmarke betroffen werden, können von den Personen, die von dem Gemeindevorstand dazu beauftragt sind, aufgefangen und getötet oder verkauft werden, sofern der Besitzer sich nicht wegen Zurücknahme des Hundes innerhalb 8 Tagen meldet und an Futterkosten 60 Pfg. für jeden Tag entrichtet.
Rheide, den 17. Juni 1925.
Der Amtmann.
J. B. Dr. Linnefeld, Beaufordner.

Bekanntmachung.
Die im Bezirk Anholt wohnenden Tabakanpflanzer werden hiermit aufgefordert, die Tabakflur-Anmeldung bis spätestens zum 30. Juni 1925 beim Bürgermeisterrat zu reichen.
Die Vorbrüche für die Tabakflur-Anmeldung sind auf dem Bürgermeisterrat in Empfang zu nehmen.
Anholt, den 15. Juni 1925.
Der Bürgermeister: Schulte.

Bekanntmachung.
Die Hebesitte der Beiträge zu den Kosten der Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen liegt in der Zeit vom 20. Juni bis einschließlich 4. Juli 1925 in den Vormittagsstunden auf dem Bürgermeisterrat zur Einsicht der Interessierten offen.
Einsprüche gegen die Hebesitte sind innerhalb obiger Zeit an die Landwirtschaftskammer zu richten.
Anholt, den 15. Juni 1925.
Der Bürgermeister: Schulte.

Entscheidungskampf
um die Stadtmeisterschaft im Handballspiel
zwischen
F.C. Olympia 1. Mannschaft,
Turnverein „Bocholt e.V.“
1867“ 1. Mannschaft.
Bocholter Stadtverband für Leibesübungen.

Schützenverein Biemenhorst.
Die diesjährige
General-Versammlung
findet statt am Sonntag, den 21. Juni, nachmittags 4 Uhr in der Schule. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.
Um vollständiges Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Bevor Sie reisen
decken Sie Ihren Bedarf hier am Platze
In Bürsten, Reise-Necessaires, Badehauben, Celluloidartikeln
bei
SCHEER-NAPP
Scheidtstr. 32. Tel. 725.

Turnverein Phönix.
Sonabend, den 20. d. 25 abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal
Kranefeld
Monatsversammlung.
Der Vorstand.

F.C. Olympia e.V.
Westd. Spielverband.
Sonntag, den 21. d. 4 Uhr
Ballspielverein
Katernberg
1. Mannschaft.
F.C. Olympia
1. Mannschaft.

Freibant.
Freitag nachmittag um 2 1/2 Uhr ist Kind- und
Kalbfleisch
zu haben.
Mehre Korn trodene
Polzschubspäne
zu verkaufen. Näheres
Dingperloerstr. 203.

Kommunion-Geschenke
in großer Auswahl.
Temming & Heilborn
Bocholt i. W.

Kommunion-Geschenke
in großer Auswahl.
Temming & Heilborn
Bocholt i. W.

Kommunion-Geschenke
in großer Auswahl.
Temming & Heilborn
Bocholt i. W.

Kommunion-, Gesang- u. Gebetbücher
sowie
Kommunion-Geschenke
in reichhaltiger Auswahl.
Hermann Deckers, Neustraße 24.

2 große Ausnahmetage
Freitag, 19. und Samstag, 20. d. Mts.
geben wir bei einem
Eintauf von 3.- M. oder 1 Pfd. Kaffee
außer Schmalz, Margarine u. Zucker
1 Tafel feinkte Spelelmokolade a 100 g gratis!
Unsere Spezialität Kaffee sowie Milch- kaffee stets frisch gebrannt.
Ein Versuch führt zur dauernder Kundschaft.
Hamburger Kaffee-Lager,
Nordstraße 31. Thams & Garls Nordstraße 31.

SIGURD RÄDER
Enorm billig und doch gut!
Fordern Sie gratis und franko KATALOG von der
„SIGURD-GESELLSCHAFT m.B.H. CASSEL“

Musik!
Gut eingespieltes Duo (Klavier, Geige) welches Dienstags, Mittwochs, Donnerstags noch frei ist, hält sich für **Hochzeiten, Konzertabende** bestens empfohlen.
Zuschriften erbeten an
Fritz vom Scheidt, Bocholt i. W.
Dingperloerstr. 26.

Musik!
Gut eingespieltes Duo (Klavier, Geige) welches Dienstags, Mittwochs, Donnerstags noch frei ist, hält sich für **Hochzeiten, Konzertabende** bestens empfohlen.
Zuschriften erbeten an
Fritz vom Scheidt, Bocholt i. W.
Dingperloerstr. 26.

J. B. Löwenstein
Betten
Bettedern und Daunenn. Inlett. Bezüge, Decken, Leinen u. Wäsche
Ausstattungen
in bekannter Güte u. Preiswürdigkeit.
GEGRÜNDET 1881
BOCHOLT-OSTERSTR. 50

Hochschule für Schuhputz u. Lederbehandlung
6
Fräulein Trautchen Mückenfett, Hausangestellte (silberne Brosche für 25jährige treue Dienste):
Liebe Herrschaften!
Was der Herr Professor Immal Ihnen gesagt hat, kann ich Sie nur empfehlen. Was Schuhe putzen heißt, weiß ich Bescheid. Das schönste Schuhputzen geht aber mit Immalin, weil es feinste Terpentinware ist und die Schuhe glänzen schon nach ein paar Bürstestrichen, als ob es Lackschuhe wären. Ich komme mit einer Dose immer sehr lange aus, weil Sie nur hauchdünn aufzutragen brauchen, auch färbt es nicht ab, womit ihre Kleider nicht beschmutzt werden. Das wollte ich Ihnen nur sagen.

Immalin

APOLLO THEATER

Henny Porten
gibt allen Einwohnern Bocholts Gelegenheit zur Besichtigung ihres neuesten und schönsten Filmwerkes
PRATER
welches ab heute (Freitag) bis einschließl. Montag im **APOLLO THEATER** zur Verführung gelangt
PRATER
6 Akte

Ein Wiener Spiel vom Liebesglück eines kleinen blonden Nähmädchens, das durch des Schicksals Gunst zu den Höhen des Lebens aufsteigt. Wien, der Prater, der Wiener Wald bilden den Schauplatz des Film in dem die **deutsche Filmkönigin** wieder eines ihrer Glanzrollen spielt.
Benutzen Sie die Gelegenheit, den wunderbaren Henny Porten-Film „Prater“ kennen zu lernen.
Die ganze Stadt wird mit Begeisterung davon sprechen.

Zu dem großen Wiener Praterfilm bringen wir den ausgezeichnetesten Film:
„Venezianische Liebesprache“
7 große Akte von Leopold Jacobson und Friedrich Fehér.
In der Hauptrolle **Magda Sonja**.
Das moderne Venedig zeigt sich in diesem neuesten Großfilm der ganzen Kraft seines atemberaubenden Lebens. Die wunderbarsten Stätten der alten Dogenstadt werden zum Hintergrund eines ergreifenden Liebesdramas. Wunderbare Handlung! Herrliche Naturaufnahmen!

Hierzu das tolle Lustspiel:
„Die Vogelscheuche“
Lachen ohne Ende.
Dieser ausgezeichnete Spielplan zeigt das Apollo-Theater wieder auf d. Höhe seiner einzigartigen Leistungsfähigkeit. Porsenen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Samstag ist
Schweinefleisch
zu haben.
Rottellett 1,20 Pfd ohne Knochen 1,40 „
Bratwurst 1,40 „
Speck fett 0,90 „
„ mager 1,00 „
„ sowie Kalbfleisch Pfd. 1,00—1,10 bei **Steuerbürg.**
Schwanenstraße beim Schlachthof.
Joh. Rademacher.
100 Ruten
Heugras
zu verkaufen.
Näheres in d. Geschäftsstelle.
Eine Partie
Heugras
zu verkaufen. Näheres
Johel Heinrichs, Rheide.

Wiesenheu
gesund und trocken.
belle Qualität.
empfiehlt ab Lager
Johann Wissing,
Dingdener Ch. 27.
Telefon 481.
Lieferungen auf Wunsch frei Haus.

Holländische Familie sucht für sofort ein
tüchtiges Alleinmädchen
Briefe mit Zeugnissen zu senden:
Frau de Blaauw,
Hofeldstraße 216 den Haag.
Eauberes
Mädchen
für Vormittags gesucht.
Nobelfstr. 14.
Im besten Hause, Nordtor gelegen, sind Anfang Juli mehrere feine möbl.
Zimmer
zu vermieten, darunter 1 Zimmer m. 2 Betten.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Beiblatt
Die
Ber
wirtschaf
Sachve
zur Berat
Kente
der Deut
dah es n
[Gast ein
Ausland
Eigene
möglich
den bei d
Amerikan
eines In
Der
Hauptrit
wenig wi
der Lage
bestiebig
zuführen
Präsi
thesenbau
Kreditin
leihen r
dielen In
Goldmar
Gründung
Wirkung
Sationsla
Rituts fol
abzuleh
Präsi
[Gastin
lonaltreb
Die Befri
wendig u
Dann
indem er
Die Reich
an die ch
Landwirt
halten.
vor, als
heben.
die Mögli
möchte ich
[Gastin
soll hier
dem Ausl
Organisat
dis nötig
politi
Auch die
bedentlich
Ein zwanz
liger Baf
erhalten k
ist es eine
ob die S
begogen
neuen
Geschäft
politisch
Fragen m
Der Bern
der Landw
Spruchsch
In der G
Hand hab
währung
Reichsbau
sein, noch
Produktion
Mehrp
alle S
hinweg
lage die
werden.
446 U
tu. W
Reichstage
Aufwertung
finanz
seine früh
Ueberfi
Stande vo
vom Reich
den Meh
Unter Um
steuer verg
Der
Im H
fessor Dr.
tion der
enthält di
Söfle beha
herein
von ihm se
herbeigef
Dieses
soll gänzl
nehmung
Der Sachv
Gistfor
Befragung
menten bei
außer Acht
daß vor al
tigt wurde,
gefundenen
Professor
vom Blut
eine heiml
for Strah
daß ein
liege, no
Unterfuch
aufrecht
reiß, das
oder fallen
Sehr b
daß er aug
Bermutung
ist, sonder
gegangen
für me

Die Rentenbankkreditanstalt.

Bedeutungserklärungen des Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 18. Juni. In der gestrigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags war eine Reihe von Sachverständigen erschienen, deren Meinung über den zur Beratung stehenden Gesetzentwurf zur Errichtung der Rentenbankkreditanstalt gehört wurde. Der Präsident der Deutschen Girozentrale, Leimert, kam zu dem Schluss, daß es notwendig sei, so schnell wie möglich für die Landwirtschaft ein Personal- und Realreditinstitut zu schaffen und auch Auslandskredite zu beschaffen. Es sei Gefahr im Verzuge. Das Eigenkapital des Instituts müsse so hoch wie möglich gegriffen werden, und man solle unter Umständen bei den vorgelegenen 500 Millionen nicht stehen bleiben, da Amerikaner und Engländer zu allererst nach dem Eigenkapital eines Instituts fragten.

Der Vertreter der preussischen Landwirtschaft, Präsident der Hauptrentenbank, v. Winterfeld, bemerkte, daß ebenso wenig wie die Hypothekendarlehen auch die Landwirtschaft in der Lage seien, den landwirtschaftlichen Kredit vollkommen zu befriedigen. Nur mit Auslandskredit sei die Wirtschaft weiterzuführen und zu intensivieren.

Präsident Schwarz von den Vereinigten deutschen Hypothekendarlehenbanken widersprach der Auffassung, daß die bestehenden Kreditinstitute für den landwirtschaftlichen Kredit nichts mehr leisten könnten. Seit dem Aufhören der Inflation seien von diesen Instituten der Landwirtschaft 400 bis 500 Millionen Goldmark-Kredite zugeführt worden. Alles in allem sei die Gründung der Rentenbankkreditanstalt gerechtfertigt, aber die Wirkung auf das Inland werde eine schwere Zins- und Amortisationslast gegenüber dem Ausland sein. Das Kapital des Instituts solle man nicht zu hoch greifen, um nicht von vornherein abzuschrecken.

Präsident Semper von der Preussischen Zentralgenossenschaftsbank behandelte das Projekt vom Gesichtspunkt des Personalkredits aus und hielt es für einen richtigen Weg zur Hilfe. Die Befristung des Gesetzentwurfs auf etwa drei Jahre sei notwendig und für ihn einsehend.

Dann sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht, indem er auf eine Reihe ihm vorgelegter Fragen antwortete. Die Rentenbank, so erklärte er u. a., hat vom ersten Augenblick an die schleunigste Beschaffung einer Möglichkeit, für die deutsche Landwirtschaft Kredit zu bekommen, für dringend geboten gehalten. Es steht uns keine wichtigere Aufgabe bevor, als die Erzeugung der Landwirtschaft zu helfen. Die Frage, ob die geplante Rentenbankkreditanstalt die Möglichkeit bietet, der Landwirtschaft Kredite zu verschaffen, möchte ich grundsätzlich bejahen. Zum Unterschied von landwirtschaftlichen Hypothekendarlehen und genossenschaftlichen Instituten soll hier ein Institut geschaffen werden, das wie kein anderes dem Ausland gegenüber diejenige Sicherheit und diejenige große Organisation bietet, die für die Gewährung eines solchen Kredits nötig ist. Vom Standpunkt der Währungs- und Geldpolitik habe ich keine Bedenken gegen dieses Institut. Auch die Verschuldung in fremder Währung halte ich nicht für bedenklich, solange sie sich in vernünftigen Grenzen bewegt. Ein zusammenfassendes großes Zentralinstitut, das auf gezielte Basis beruht, ist das einzige Institut, das Auslandskredite erhalten kann. Wenn sich das Institut auf Realredit beschränkt, ist es einerlei, ob es 500 oder 750 Millionen Grundkapital hat, ob die Sonderrücklage von 5 Prozent in die Höchstgrenze einbezogen wird oder nicht. Der Privatcharakter des neuen Instituts scheint mir nicht bedenklich. In seiner Geschäftsführung soll dieses Zentralinstitut möglichst frei von allen politischen und staatlichen Einflüssen sein, aber in grundsätzlichen Fragen muß der Staat einen gewissen Einfluß darauf behalten. Der Verwaltungsrat muß sich in erster Linie aus den Kreisen der Landwirtschaft zusammensetzen. Die Frage nach dem Einspruchsrecht der Regierung gegen Beschlüsse muß ich verneinen. In der Geschäftsführung selbst muß das Institut vollständig freie Hand haben. Die in dem Gesetz vorgesehene Frist für die Gewährung von Personalredit bis 1931 scheint mir zu lang. Die Rentenbank hatte drei Jahre vorgeschlagen; sie würde aber bereit sein, noch zwei Jahre zuzugeben. Wenn wir aus unserer ersten Produktionsquelle, der Landwirtschaft, etwa 30 Prozent Mehrproduktion herausheben könnten, sind wir über alle Schwierigkeiten unserer Wirtschaftstage hinweg. Daher muß schleunigst durch Erledigung dieser Vorlage die notwendige Hilfe für die Landwirtschaft geschaffen werden.

446 Millionen Fehlbetrag im Reichshaushalt.

2744 Petitionen zum Aufwertungsgesetz.

Berlin, 18. Juni. (Tel.) Im Aufwertungsausschuss des Reichstages teilte der Vorsitzende mit, daß bisher allein zum Aufwertungsgesetz 2744 Petitionen eingelaufen seien. Reichsfinanzminister von Schlieffen gab im Anschluß an seine früheren Ausführungen in den anderen Ausschüssen eine Übersicht über den Reichshaushalt nach dem Stande vom 17. Juni. Danach ergab sich unter Einrechnung der vom Reichstag bereits beschlossenen oder noch in Aussicht stehenden Mehrausgaben ein Fehlbetrag von 446 Millionen Mark. Unter Umständen kann auf die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer verzichtet werden.

Der angebliche Selbstmord Höfles.

Im Höfle-Ausschuß ist jetzt auch der Geh. Medizinalrat Professor Dr. Strahmann vernommen worden, der die Obduktion der Leiche Dr. Höfles mit vorgenommen hatte. Bekanntlich enthält dieses Obduktionsprotokoll die Mitteilung, daß die Dr. Höfle behandelnden und beobachtenden Ärzte „von vorne herein“ zu der Auffassung gekommen seien, daß Höfles Tod von ihm selber bewirkt durch übermäßige Einnahme von Giften herbeigeführt worden sei.

Dieses mehr als merkwürdige, in einem Obduktionsprotokoll ganzlich unangehörige Gutachten ist nunmehr durch die Vernehmung Dr. Strahmanns auf das schwerste erschüttert worden. Der Sachverständige Professor Dr. Max Levin, der berühmte Giftforscher der Berliner Universität, stellte durch eingehende Befragung Dr. Strahmanns fest, daß eine ganze Reihe von Momenten bei der Beurteilung der Todesursachen Höfles vollständig außer Acht gelassen wurden. Dr. Strahmann mußte zugeben, daß vor allen Dingen die Dauer der Giftwirkung nicht berücksichtigt wurde, und daß man die im Rahmen bis zu dem Damm vorgefundenen schwärzlichen Massen überhaupt nicht untersucht hat. Professor Dr. Levin ist der Meinung, daß die dunkle Färbung vom Blut kam. Eine Feststellung ist nicht mehr möglich, weil eine chemische Untersuchung gar nicht veranlaßt wurde. Professor Strahmann gab daraufhin zu, daß die Behauptung, daß eine beabsichtigte Selbstvergiftung vorliege, nach Kenntnis all der Dinge, die inzwischen vor dem Untersuchungsausschuß erörtert worden sind, wohl nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Er erklärte sich bereit, das Gutachten nachzuprüfen und gegebenenfalls zu ändern oder fallen zu lassen.

Sehr bemerkenswert war an dem Verhör Dr. Strahmanns, daß er zugeben mußte, daß er nicht von sich selber aus auf die Vermutung einer bewußten Selbstvergiftung Höfles gekommen ist, sondern daß diesen Gedanken in einer der Obduktion vorangegangenen Besprechung der Gerichtsärzte Medizinalrat Dr. Litzmer ausgesprochen habe.

Der Höhepunkt der Jahrtausendfeier im Rheinlande

Festakt des Rheinischen Provinziallandtages.

Düsseldorf, 18. Juni. (Tel.) Die Jahrtausendfeier des Rheinlandes fand heute mit dem offiziellen Festakt des Rheinischen Provinziallandtages ihren Höhepunkt. Um 9 Uhr vormittags trafen hier mit dem Reichskanzler Dr. Luther ein: der preussische Ministerpräsident Braun, die Reichsminister Dr. Brauns und Dr. Frenken, die preussischen Minister Dr. Schreiber, Dr. Beder, Dr. Steiger, Hirtzinger, Dr. Höpfer, Aschhoff, General-Regierungskommissar Schmidt, der württembergische Staatspräsident Bäßler, der Vorsitzende des Staatsministeriums in Weimar, Leuthäuser, Staatspräsident Ulrich-Darmstadt, Ministerpräsident von Hindenburg, der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums, Marquardt, Senatspräsident Dr. Schumacher, der anhaltinische Ministerpräsident Veit, der Vorsitzende des lippschen Landespräsidiums Drake-Deimold, Staatsminister Schwahe-Medlenburg-Strelitz, zahlreiche Vertreter der übrigen Landesregierungen und der Städte sowie als Vertreter der Geistlichkeit Kardinalerzbischof Dr. Schulte-Köln und Generalsuperintendent Dr. Klingemann-Köln, ferner Rektoren der verschiedenen deutschen Universitäten, die Industriellen Dr. Alökner, Dr. Krupp von Bohlen-Halbach, Generaldirektor Böcker, Geheimrat Wiesberg. Auch der frühere Reichskanzler Fehrenbach war anwesend.

Nachdem Oberbürgermeister Dr. Lehr die Gäste auf dem Bahnhof begrüßt hatte, begaben sich diese zu kurzem Aufenthalt in ein Hotel, von wo sie in etwa 25 Autos zu der Rundgebung in der mit Blumen und Fahnen festlich geschmückten Tonhalle

fuhren. Nach Vortrag eines Wagnerischen Musikstückes nahm der Präsident des Rheinischen Provinziallandtages,

Oberbürgermeister Dr. Jarres

das Wort:

Er dankte namens der Provinz vor allem dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung für ihr Erscheinen und hat ihm dem Herrn Reichspräsidenten ehrerbietigen Dank und Gruß zu übermitteln. Auch den Vertretern der Preussischen Staatsregierung, besonders dem Ministerpräsidenten Braun, hat er den Willkommengruß des Rheinlandes. Die Preussische Staatsregierung könne davon überzeugt sein, daß

mit dem Treuebekenntnis der Rheinprovinz zum Reiche auch die Treueverpflichtung zum preussischen Staat verbunden sei. Nachdem der Redner auch die anderen Gäste begrüßt hatte und auf die historische Bedeutung der Jahrtausendfeier eingegangen war, betonte er, daß die glückliche Zeit der Rheinlande mit der für Jahrhunderte ununterbrochenen Verbindung mit dem rechtsrheinischen Deutschland verbunden sei. Der leitende Gedanke der Jahrtausendfeier sei, den Wunsch für die Vergangenheit zu pflegen und der rheinischen Bevölkerung plastisch vor Augen zu führen, wie es einst war und wie alles ward. Das Rheinland mit dem Bewußtsein zu durchdringen, daß die Bevölkerung am Rhein auf uraltem deutschen Boden stehe und mit der deutschen Volksgemeinschaft unloslich verbunden sei. Das deutsche Volk stehe noch nicht am Abend seiner Tage, deshalb fordere das Rheinland auch heute inmitten der Trübsal Fremder Bekämpfung vor aller Welt sein Recht. Die furchtbaren Bedingungen des Friedensvertrages müsse und wolle man tragen, aber

man verlange zu den festgesetzten Fristen die Freiheit. Dr. Jarres schloß: Bitte erheben Sie sich mit unseren Gästen von Ihren Plätzen und, die Rede zum Himmel gerichtet wie zum Schwur, rufen Sie mit mir aus: Unserem Volk, unserem Vaterlande rheinische Treue alle Zeit, unser geliebtes deutsches Vaterland, hoch, hoch, hoch!

Darauf sprach

Reichskanzler Dr. Luther.

Zu Eingang seiner Rede überbrachte er folgende Botschaft des Reichspräsidenten an die rheinische Bevölkerung:

Den Brüdern und Schwestern im Deutschen Reiche entbiete ich den Gruß des Reiches zur Jahrtausendfeier. Der Gedanke, die tausendjährige Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reiche festlich zu begehen, ist im Reiche der rheinischen Bevölkerung entstanden, in all diesen ereignisreichen Jahren, wie sie das gegenwärtige Geschlecht als verantwortlicher Träger einer großen Vergangenheit ist. Die ganze lebendige Kraft, die heute das Rheinland in Wirtschaft und Kultur entfaltet, gründet sich auf die Leistung der Vorfahren während eines Zeitraumes, der länger als ein Jahrtausend gewährt hat. In all dieser Zeit hat das Rheinland als Grenzmark immer wieder Stürme der Weltgeschichte über sich hinwegbrausen lassen müssen. So ist das Volk entstanden, das trotz aller Hingabe an die Güter der Kultur und einer gelunden Frömmlichkeit doch den besten vaterländischen Ernst und politische Sorge in sich entwickelt hat, um auch die schweren Nöte der Gegenwart zu bestehen. Kraftvoll und treu hat das Rheinland in schweren Tagen an seiner Geschichte geworbenen Verbindung mit Preußen und an seinem Zusammenhang mit dem großen deutschen Vaterland festgehalten. Das ganze deutsche Volk dankt den Rheinlandern für ihre Ausdauer und ihre Hingabe an die große Sache des Vaterlandes. Bleiben alle Deutschen diesen Tugenden treu, dann, so ist mein unerschütterlicher Glaube, wird die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinlande schlagen. Wir geloben alle, daß wir nicht rasten werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Gott, der in der Vergangenheit bei schwerster Bedrängung immer geoffen hat, wird auch diesmal helfen.

Der Rundgebung des Reichspräsidenten schloß der Reichskanzler die aufrichtigsten Wünsche der Reichsregierung an, indem er das Bedauern hinzufügte, wegen des großen Ausmaßes der innen- und außenpolitischen Arbeiten der Reichsregierung nicht an den Beratungen in Köln und Koblenz teilnehmen zu können. Insbesondere heute die Rückreise antreten zu müssen. Die Rückschau auf die tausendjährige rheinische Geschichte, sagte dann Dr. Luther weiter, zeigt einen bewundernswerten Aufstieg in allen schäferischen Leistungen, von Kultur und Wissenschaft. Die Leistungen des Rheinlandes sind uns so bewundernswürdig, als immer wieder in diesen tausend Jahren die rheinische Bevölkerung mit schwerer politischer Not zu ringen gehabt hat. Auch jetzt laßt auf dem Rheinland die ganze Schwere fremder Bekämpfung. Die Politik der Reichsregierung demgegenüber ist durch die Natur der Dinge klar vorgezeichnet. Sie zielt darauf hin,

dem Rheinland die Freiheit und ganz Deutschland und ganz Europa den wirklichen Frieden zu vermitteln. Für die rheinischen Gebiete, die außerhalb des Versailler Vertrages besetzt wurden, ist auf der Londoner Kon-

ferenz eine klare und endgültige Regelung zustande gekommen. Die Ministerpräsidenten von Frankreich und Belgien haben durch Brief vom 16. August 1924 an den deutschen Reichskanzler erklärt: Wenn die in London zur Durchführung des Sachverständigenplanes frei vereinbarten Abmachungen in dem Geiste der Loyalität und der Friedfertigkeit ausgeführt werden, der die Verhandlungen der Konferenz befecht hat, so wird innerhalb einer Höchstfrist von einem Jahre, vom Tage der Abendung des Briefes an gerechnet, die militärische Räumung des Ruhrgebietes vorgenommen werden. Daneben ist mit beiden Ministerpräsidenten bindend festgelegt worden, daß auch die Städte Düsseldorf und Duisburg, also das gesamte sogenannte Sanktionsgebiet, mit der abschließenden Räumung des Ruhrgebietes ebenfalls geräumt werden. Da nun weiter in Anlage 2 der sogenannten Entwaffnungsnote die Erklärung der Repts mitgeteilt ist, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Londoner Pakt ordnungsmäßig erfüllt hat, so

kann keinerlei Zweifel bestehen, daß wenigstens das Ruhrgebiet und die Städte Düsseldorf und Duisburg spätestens am 16. August d. J. geräumt werden.

Angaben von gleicher Bestimmtheit über die nördliche Rheinlandzone lassen sich auch heute leider noch nicht machen. Der Standpunkt der Reichsregierung, daß diese schon gemäß den Vorschriften des Vertrages von Versailles am 10. Januar 1925 hätte geräumt werden müssen, ist und bleibt unverändert.

Die Note vom 4. Juni

beweist, daß die Entwaffnung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist. Unbefangene Äußerungen berufener Ausländer haben dieses Urteil oft bestätigt. Wenn in der Note v. B. mitgeteilt ist, daß über 33 000 Kanonen und Haubizenrohre ausgeliefert oder zerstört wurden und wenn dann beanstandet wird, daß eine kleine Anzahl der uns gelassenen Geschütze nicht auf ortsfeste Lafetten montiert ist, so zeigen solche Vergleiche, die sich noch genügend vermehren lassen, am deutlichsten, wie geringfügig gewisse Rückstände in der örtlichen Erfüllung einzelner Bestimmungen sind. Eine auch nur einigermaßen der Billigkeit entsprechende Begründung für die schwere Maßnahme der Nichträumung der besetzten Rheinlandzone kann in solchen Rückständen wirklich nicht gefunden werden. Selbstverständlich werden gleichwohl alle Rückstände der Ausführung, die sich als solche erweisen, auf das schnellste nachgeholt werden. Ferner völlig unbegründet und mit jeder objektiven Würdigung der Tatsachen im Widerspruch sind die Behauptungen der Note, daß die Gesamtheit der Verluste Deutschlands, falls nicht schnell Abhilfe geschaffen werde, der deutschen Regierung späterhin die Wiederaufstellung eines einheitlichen, den Gedanken eines Volkes in Waffen verwirklichenden Heeres ermöglichen würden. Allerdings muß ausgeprochen werden:

Forderungen, deren Begründung rechtlich nicht gegeben ist, können nicht anerkannt werden.

Solche Forderungen sind uns unverständlich. Sie betreffen nicht den Zustand unserer Entwaffnung, sondern sind eher geeignet, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit schwer zu schädigen. In dieser Richtung muß die Reichsregierung versuchen, sobald die Prüfung der Note abgeschlossen ist, ohne jeden Verzug mit den alliierten Regierungen in Verhandlungen zu treten. Wenn auch die Reichsregierung alles tut, was in ihrer Kraft steht, um die Räumung des nördlichen Rheinlandes herbeizuführen, so wird ihr darüber hinaus eine noch größere Aufgabe bleiben, den schweren Druck, der auf der Gesamtheit der zu Deutschland gehörenden Rheinlande lastet, so weit wie irgend möglich zu lindern. Das Endziel aller Bestrebungen muß die Herbeiführung einer Freiheit sein, die eine wirkliche Freiheit ist. Das Rheinland muß überhaupt davon erlöst werden, daß es immer wieder als Grenzmark bedrängt und umflossen wird. Gleichzeitig mit der morgigen Veröffentlichung der französischen Note über

Die Frage des Sicherheitspakt

sollen von Frankreich und England Ergänzungs-urkunden erlassen werden, die für die Verständlichmachung der französischen Note von besonderem Werte sein würden. Die deutsche Regierung wird die Note mit dem ganzen Ernste, der hierfür erforderlich ist, prüfen. Angesichts unseres bisherigen Vorgehens in der Sicherheitsfrage brauche ich nicht besonders zu betonen, daß in gleicher Weise, wie sich die französische Regierung in den Schlussworten der Note ausspricht, die deutsche Regierung es begreifen würde, wenn Verhandlungen in Gang kommen würden, deren Ziel der Abschluß von Vereinbarungen ist, die eine wirksame Friedensgewährung darstellen. Dem Rheinland würde neben dem gesamten Vaterlande in erster Linie der Vorteil einer solchen Regelung zugute kommen.

Von Wichtigkeit ist die Tatsache, daß das zur Beseitigung des alten Systems eines allgemeinen Gleichgewichts der Kräfte vom Vertrage von Versailles in Aussicht gestellte neue

System einer baldigen Abrüstung nicht durchgeführt ist. Der bestehende Zustand wird von Unlogik beherrscht, daß das neue System nur für Deutschland und einige andere Staaten in Anwendung gebracht ist, dagegen das alte System der Wehrhaftigkeit bei den anderen Staaten weiter besteht. Solange das große Problem der Abrüstung nicht allgemein und gleichmäßig für alle Staaten gelöst ist, wird ein volles und gerechtes Weltumfassendes Friedenssystem nicht möglich sein. Deutschland wird immer das Seine tun, um auf dem Wege direkter Vereinbarungen einen Zustand in ganz Europa herzustellen, bei dem ein Zusammenleben der europäischen Völker nach den Grundsätzen der Vernunft und Gleichberechtigung, so wie sie eine glückverheißende Vorzeichen für das nächste Jahrtausend deutscher Geschichte am deutschen Boden sein.

Der nächste Redner war der preussische

Ministerpräsident Braun.

Er führte bei seiner Rede u. a. aus: Der junge Freistaat Preußen will und kann die Tage, an denen die Rheinlande sich mit besonderer Innigkeit wieder ihrer alten deutschen Wehrhaftigkeit und Wertung bewußt werden, nicht vorübergehen lassen, ohne der Tatsache zu gedenken, daß das Rheinland doch auch preussisches Gebiet ist und vom preussischen Volke nach der vorübergehenden Trennung mit doppelter Liebe bei der Wiedervereinigung empfangen wurde. Wir wollen diese Erinnerung in uns nicht wachrufen, ohne gleichzeitig auch diejenigen Preußen und Deutschen zu gedenken, die heute, obwohl unbedeutenden Teilen des Rheinlandes angehörig, von uns vorübergehend getrennt und abgeschnitten sind.

Wir grüßen die Brüder im Saargebiet!

Wir rufen ihnen zu: Laßt Euch durch nichts, nicht durch Entbehrungen und Sorgen, nicht durch Entziehung und vertragswidrige Behandlung in Eurer Standhaftigkeit betören und in Eurer Gesinnung beeinträchtigen. Seit dem Jahre 1918 ist das politische Schicksal in Preußen von dem weniger volkreichen Osten nach dem dichtbesiedelten Westen verlagert worden. Das war eine automatische Auswirkung der freiheitlichen Verfassung des neuen Preußen. Die Bevölkerung hier in der um

Brandeten Westmark hat in den letzten Jahren seelisch und wirtschaftlich unermessliche Not auf sich genommen. Daher hat das Rheinland ein doppeltes Anrecht, einen Einfluss im politischen Leben Preussens maßgeblich geltend zu machen.

Auch in der Bekämpfung der leitenden Stellen der Staatsverwaltung der Rheinprovinz ist in den letzten Jahren ein wesentlicher Wechsel eingetreten. Die preussische Staatsregierung hat darüber hinaus in die Ministerien an wichtigen Stellen, denen die Bearbeitung der Angelegenheiten des Westens obliegt, Beamte berufen, die selbst dem Rheinland entstammen. Diese Grundzüge bedeuten eine bewusste Bekämpfung der völligen Entfaltungsfreiheit der alten kulturellen Kräfte des Rheinlandes. An diesen Grundzügen soll selbstverständlich auch in Zukunft festgehalten werden. Das Rheinland mit seinen reichen Schätzen des Bodens und der Natur war es auch, das auf dem Feld der Wirtschaft allen anderen Teilen voran einen bewundernswerten Eifer entfaltete. Von Herzen kommenden Dank sollte ich bei dieser Gelegenheit der Bergarbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriebezuges ab. Die preussische Staatsregierung erstarkt erneut ihre freudige und unbedingte Bereitschaft, alles zu tun und nichts zu unterlassen, um die Betriebsgefahren in den Gruben zu verringern und Unfälle künftig möglichst zu vermeiden. Wir verdanken dem Rheinland aber auch eine unvergleichliche Kultur und eine starke Befruchtung unseres geistigen Lebens.

Der Ministerpräsident schloß seine Rede mit dem Ruf: Möge das rheinische Volk bald wieder ein völlig freies Volk sein!

Nach dem Ministerpräsidenten sprach

Landeshauptmann Dr. Herion

In Worten des Dankes der Anteilnahme der Reichs- und Staatsbehörden an der Jahrausfahrt des Rheinlandes. Die mit begeistertem Beifall aufgenommenen Reden des Reichslandstellers und des preussischen Ministerpräsidenten und der Glückwünsche des Reichspräsidenten verpflichteten das Rheinland zu innigstem Danke an das ganze Volk. Die Rheinländer hätten dem Reich neben dem Schutz vor der weissen Flut die nationale und staatspolitische Rettung zu danken. Der heutige Tag hätte davon überzeugung, daß gerade der Eigenwert, die Eigenheit und die eigene Kraft der verschiedenen deutschen Volksstämme Gemeingut aller leitenden Stellen des Staates zum Wohle des Ganzen seien. Das Rheinland müsse sich trotz aller Not glücklich preisen, auf eine mehr als tausendjährige Kultur zurückblicken zu können, mit allen Vorzügen der Natur und Kunst ausgestattet zu sein und sich im Schosse eines zwar äußerlich machtlosen, aber innerlich starken Volkes stets geborgen zu fühlen.

Aus Westdeutschland.

Hamm, 18. Juni. (Der Lippe-Seitenkanal), der bisher nur teilweise fertiggestellt war, soll jetzt in seiner Gesamtheit wieder in Bau genommen werden. Jetzt ist bisher nur das Süd-Datteln-Hamm, das mit dem Dortmund-Ems-Kanal als Stützkanal nach Hamm gebaut worden war. Jetzt soll zunächst der direkte Anschluß an den Niederreithen hergestellten durch den beschleunigten Ausbau der Strecke Datteln-Besel. Dieser Kanal wird für das nördliche Ruhrrevier von größter Bedeutung sein als Transportweg für Kohle und Eisenerz. Eine ganze Reihe neuer Häfen dürfte in Bälde daran entstehen. Als Schlüsselstück wird dann noch die Strecke Hamm-Lippstadt gebaut werden, die seit Jahren still liegt.

Wien, 18. Juni. (Kaubüberfall zwischen Wien und Neubredum.) Ein Lehrling einer hiesigen Emaille-Großhandlung wurde Mittwoch nachmittag gefesselt zu Rad nach Neubredum geschickt. Kurz vor Neubredum begegnete ihm ein Handwerksbursche, der ihn in auffälliger Weise musterte. Als der Lehrling bald darauf zurückkehrte, wurde er plötzlich von demselben Mann überfallen, der ihm mit einem Spazierstock mehrere Schläge über den Kopf versetzte, ihn vom Rade riß und ihm die Windlade auszog. Der Lehrling stellte sich bestmöglichst und beobachtete heimlich das Treiben des Mannes, der Rad und Windlade in einem nahen Wald in Sicherheit brachte, nachdem er der Jäde einen Wechsel entnommen hatte. Als der Mann weit genug entfernt war, raffte sich der Lehrling auf, holte Rad und Jäde zurück und benachrichtigte die Neubredumer Polizei, die sofort die Verfolgung des Täters aufnahm. Ob diese von Erfolg war, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Borgeln, 18. Juni. (Vom Bliz erschlagen.) Der Landwirt Franz Tillmann, der mit seiner Tochter auf dem Rübenfelde gearbeitet hatte, wurde bei dem gestrigen Gewitter auf dem Heimwege vom Bliztrahl getroffen und war sofort eine Leiche. Seine Tochter, die kaum drei Schritte von ihm entfernt war, kam mit der Todesangst davon.

Stromberg, 18. Juni. (Für die Freilichtspiele) sind die Vorbereitungen in vollem Gange. Der untere Teil der hohen Freitreppe vor der Wallfahrtskirche ist fünf Meter vorgezogen.

Wetterbericht der Bremischen Landeswetterwarte.

Im Süden der nach Finnland abgewanderten starken Zyklogen dringt immer noch ein kalter Polarluftstrom über Skandinavien südwärts vor. Bei anhaltend frischen, böigen Winden treten daher in Begleitung des Randliefes mehrfache Regenschauer teilweise unter Gewittererscheinungen auf. Höherer Druck als 770 mm schiebt sich über Großbritannien ostwärts nach, wird aber nur vorübergehende Wetterbesserung verursachen, da bei Island erneuter Druckfall gemeldet wird.



Vorhersage für den 19. Juni. Wolkig, zeitweise aufheiternd bei niederen nordwestlichen Winden, tags wärmer.
Vorhersage für den 20. Juni. Veränderlich bei westlichen Winden, wenig Temperaturänderung.
Vorhersage für den 21. Juni. Erneute Trübung und Niederschläge, tags wärmer.

Von dem Bau von Tribünen konnte infolgedessen Abstand genommen werden. Dies ist um so mehr zu begrüßen, da dem Burgplatz der ursprüngliche Charakter erhalten bleibt. Um dem Publikum bequeme Sitzgelegenheiten zu schaffen, hat die Verwaltung der Freilichtspiele einige tausend Stühle angekauft. Das Spiel beginnt am Sonntag, den 12. Juli.

Ramen, 18. Juni. (Die Genickstarre) tritt auch in diesem Jahre wieder hier auf, hat aber glücklicherweise keinen größeren Umfang angenommen, als im Vorjahre. Im hiesigen Krankenhaus wurden bisher drei männliche und eine weibliche Person eingeliefert, die an Genickstarre erkrankt sind. Ein Erkrankter ist nach einstädtiger Krankheit gestorben, ein zweiter Fall ist sehr bedenklich. Die an der Genickstarre Erkrankten wohnen in ganz verschiedenen Stadtteilen.

Wittenbortmund, 18. Juni. (Warum das Schwein nicht frisst.) Viel belacht wird hier ein Vorkommnis, das sich kürzlich ereignete, und das seiner Originalität wegen wir unsern Lesern nicht vorenthalten dürfen. Kommt da eines Morgens die Hausfrau in den Schweinestall, um dem annähernd 300pfündigen Vorkontier das erste Frühstück zu bringen. Das Vieh grunzt, die Frau schüttet das Fressen in den Trog, beugt sich über die Stalltür und freilich das Vorkontier liebt es am Rind. Doch muß die Frau die Entdeckung machen, daß das sonst so gefräßige Tier nicht, wie gewöhnlich, auf den Trog losläuft, um ihn auszuschnüffeln. Da das Schwein auch am Mittag nicht zum Trog eilt, macht sich die Hausfrau Sorgen um die Gesundheit ihres Pflüglings, damit es am Ende nicht drei Wochen vor dem Schlachten eingehen würde. Sie schickt zum Metzger, der zwar ganz in der Nähe wohnt, durch Umstände aber erst am anderen Morgen kommen kann. Man stellt nun fest, daß das Schwein auch die Abendmahlzeit unberührt gelassen hat, und selbst das Frühstück begnügt es sich grunzend von fern. Also schlaft es! Der Metzger macht die Stalltür auf — und mit einem Satz springt das ausgehungerte Tier an den Trog und kann seinen Gefühlen kaum Einhalt gebieten. Darauf sagte der Metzger zur Hausfrau: „Das glaube ich auch, daß das Schwein nicht frissen kann, wenn es mit dem Schwanz in der Tür feststecken!“

Edlinghausen, 18. Juni. (Ein fürchterliches Unwetter mit wolkentrübendem Regen und Hagelschlag) ging am Dienstag nachmittag über unsere Gemeinde nieder. Es wurde großer Schaden an den Gärten und Feldfrüchten angerichtet. Gerste, Roggen und Weizen liegen wie gewalzt am Boden. Die gewaltigen Wassermaßen rissen die Äcker von den Bergen und schwenkten sie zu Tal. Die Dorfstraßen sind an manchen Stellen zerstört und mit Geröll bedeckt. Die Berge zum Westfalen hin waren noch lange Zeit nachher weiß vom Hagel. Der Bliz schlug in das Wohnhaus des Bahnarbeiters Joseph Karthaus und zündete. Das Inventar konnte meist gerettet werden.

Gründenberg, 18. Juni. (Eine Frau vom Bliz getötet.) Während des Gewitters, das am Dienstag hier niederging, wurden zwei in einem Garten weisende Frauen vom Bliz getroffen. Die eine Frau erlitt derartig schwere Brandwunden, daß sie ihren Verletzungen erlag. Die andere blieb unverletzt.

Herion, 17. Juni. (Erinnerungszeichen an die Katastrophe der Elektrischen vom 17. Juni v. J.) Die Gemeinde Deitrich errichtet in den nächsten Tagen an der bekannten Unfallstelle im Schleperhagen ein einfaches, aber sehr ansprechendes Erinnerungszeichen an die furchtbare, erschütternde Katastrophe, der so viele Menschenleben zum Opfer fielen. Ein einfaches, schmuckloses Sandsteinkreuz, das durchaus zu Herzen spricht, enthält die inhaltsschweren Worte: „Mensch, bedenke die Ewigkeit. 17. Juni 1924.“

Elberfeld, 18. Juni. (Brand eines Rohproduktenlagers.) Im großen Lageraum der Rohprodukten-Großhandelsfirma T. W. Schlüter kam Feuer zum Ausbruch, das in den großen Vorräten an Lumpen, trockenen Papierballen und Zuleiden rasche Ausbreitung fand und das große Lager in ein Flammenmeer verwandelte. Die Löscharbeiten wurden durch starke Rauchentwicklung sehr erschwert, und längere Zeit bedrohte das Feuer auch die Lagerplätze anderer Firmen, unter denen sich auch ein großes Spritzlager befand. Nach fünfstündiger angestrengter Arbeit ist es der Feuerwehr gelungen, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Das große Lager wurde vollständig zerstört, u. a. auch ein zum Teil vollbeladener Wagen mit 15 000 Kilogramm Rohprodukten. Der Schaden ist sehr erheblich, aber durch Versicherung gedeckt.

Barmen, 17. Juni. (Regimentsappell des 1. Garderegiments.) Im Rahmen der Jahrausfahrt fand hier am 13. bis 15. Juni der diesjährige Regimentsappell des 1. Garderegiments J. B. bzw. des Garde-Reiter-Regiments und der Bundesstadt des Semper-talis-Bundes statt. Die ganze Bürgerchaft nahm ehrlichen Anteil an diesen Festveranstaltungen, bei denen auch die Anwesenheit des früheren Obersten des Regiments, des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen, zu verzeichnen war. Aus allen Teilen des Reiches waren die langen Potsdamer Grenadiere und Jäger nach Barmen geeilt, um ihre treue Anhänglichkeit zum alten Regiment zu bekunden und das kameradschaftliche Band enger zu schließen. Den Mittelpunkt des Festes bildete ein imposanter Festzug, der sich Sonntag nachmittag durch die festlich geschmückten Hauptstraßen Barmens bewegte. Ihm voran schritt die Militärkapelle des 9. Regiments aus Potsdam, dann folgte die Fahne, flankiert von Grenadiern in schmaler Friedensuniform mit den historischen Paradenmützen. Ihnen schlossen sich in langen Reihen die Gardisten an. Die Militärkapelle aus Barmen und Umgebung mit Fageln und Musikkapellen bildeten den Schluß des Festzuges. Die von edel kameradschaftlichem Geiste und der Freude des Wiedersehens getragene Feier nahm in allen Teilen einen guten Verlauf.

Mülheim (Ruhr), 18. Juni. (Tödtlich verunglückt.) Auf der Friedrich-Wilhelmshütte geriet der 30jährige verheiratete Maschinist Adolf Wölke aus Oberhausen unter einen Zug der Seilbahn. Dabei wurde ihm der Hinterkopf sowie der Unterleib vollständig aufgerissen. Der Tod trat sofort ein.

Duisburg, 18. Juni. (Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang.) Am Dienstag morgen saßen mehrere Arbeiter im Bodenzweigwerk der Niederschneidhütte beim Frühstück. Aus einem vorbeifahrenden Kran fiel ein Eisenstück von zwei Zentner Gewicht dem Arbeiter Otto Rau auf die Schulter. Mit schweren Schulter-, Hals- und Lungenverletzungen wurde der 24 Jahre alte R. zum Marienhospital gebracht, wo er bald darauf seinen Verletzungen erlag.

Düsseldorf, 17. Juni. (Zweiter neue Opfer des Rheins.) Am Montag nachmittag gegen 4 Uhr landete unterhalb der Rheinbrücke die Leiche eines unbekannten Mannes im Alter von etwa 25 bis 30 Jahren. — Am 14. Juni, abends, landete bei Etodum die Leiche eines unbekannten Mannes im Alter von etwa 30 Jahren, die ungefähr 8 Tage im Wasser gelegen haben muß.

Bonn, 18. Juni. (Verbot des Deutschen Studententages in Bonn durch die interalliierte Rheinlandkommission.) Der diesjährige ordentliche Deutsche Studententag sollte auf Einladung der Stadt Bonn vom 30. Juli bis 4. August dort stattfinden. Nunmehr hat die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz in einem Schreiben an den Rektor der Bonner Universität die Abhaltung des Studententages verboten. Als Begründung wird angeführt, die deutschen Behörden hätten sich zu wiederholten Malen unfähig gezeigt, die gewöhnlich stattfindenden nationalen und internationalen feierlichen Gelegenheiten zu verhindern, die im Verlauf des als privat bezeichneten Studententages zutage träten.

Nach, 18. Juni. (Rheinischer Städtetag.) Anlässlich der Nachener Jahrausfahrt wird der Rheinische Städtetag seine diesjährige Tagung in Nachen abhalten, und zwar am 28. und 27. Juni. Auf der Tagesordnung stehen u. a. zwei Referate über den Finanzausgleich.

Koblenz, 18. Juni. (Vorderung des Radioverbores.) Die Rheinlandkommission hat beschlossen, das bisherige kühnste Verbot der Benutzung von Radioapparaten aufzuheben. Die

Neuregelung sieht vor, die Benutzung solcher Apparate auf Antrag zu gestatten. Anträge zur Aufstellung der Radioapparate, die ausgehen von geschäftlichen Unternehmungen und wissenschaftlichen Gesellschaften und Instituten und von solchen, die öffentlichen Lehrzwecken dienen, sollen grundsätzlich genehmigt werden. Die Regelung im einzelnen wird dem jeweiligen Oberkommandierenden der drei Besatzungszonen übertragen.

Hannover, 18. Juni. (Wüste Szenen im Stadtparlament.) Bei der Beratung des städtischen Etats inklinierten die Sozialdemokraten ein so wilden Tumult wie ihn das hiesige Rathaus noch nicht gesehen hat. Als der rechtsgerichtete Bürgermeister Demmig dem früheren Oberbürgermeister Reinert vorwarf, ohne Rücksicht auf Befähigung 1200 seiner Gefinnungsgenossen (weit über den Bedarf hinaus) in die Verwaltung hineingeworfen zu haben, und dem Senator Schrader, dem Leiter des Arbeitsamtes, vorhielt, einseitige Interessenpolitik für die Arbeitnehmer zu betreiben, brach in den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion härmlicher Widerspruch aus, der sich zu einem minutenlangen Tumult auswuchs, in dem Schimpfworte und Drohungen gegen Demmig ausgestoßen wurden und fast die ganze sozialdemokratische Fraktion sich zu Demmigs Platz drängte. Wenn nicht Demmigs Kollegen sich schließend vor ihm gestellt hätten, wäre der Sitzungssaal der städtischen Kollegien wahrscheinlich der Schauplatz von Tötlichkeiten geworden. Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es, als Demmig weiter zu reden versuchte, zu einem neuen Tumult. Schließlich waren die Gemüter derart erregt, daß eine Fortsetzung der Sitzung zwecklos und unmöglich war. Sie wurde deshalb vom Vorsitzenden vorzeitig abgebrochen.

Schöningen, 18. Juni. (Ermordung eines 7jährigen Mädchens?) Unter dem Verdacht, das 7jährige Töchterchen des Arbeiters Illmer ermordet zu haben, wurde der 16jährige, in der Bergmannsiedlung wohnende Hartmann verhaftet. Er hat am Sonntag das spielende Kind an sich gelockt und ist mit ihm auf dem Rade davon gefahren. Hartmann gibt an, daß das Kind vom Rade gestürzt sei und sich dabei tödlich verletzt habe. Er habe dann die Leiche ins Wasser geworfen. Die Leiche des Kindes wurde an der bezeichneten Stelle gefunden. Sie war nur noch mit dem Hemd, das über den Kopf gezogen war, Schuhen und Strümpfen bekleidet. Das Kleid wurde an einer anderen Stelle gefunden. Die Leiche wies eine Schädelverletzung auf, die zweifellos die Ursache des Todes ist.

Bremervörde, 18. Juni. (Eine Staatskuh.) Eine Kuh im Gewicht von 16 Zentnern wurde bei dem Schlachtermester Rössing eingeliefert. Die Kuh stammt von dem Landwirt Neumann in Oldendorf.

Mosaik.

Der gelehrige Schüler.

Ein sehr sparsamer alter Herr, der ein großes Vermögen erworben hat, sucht seinen Sohn auf alle Weise von unnötigen Gelbtausgaben abzuhalten und macht ihm einmal lange Vorhaltungen, weil er auf eine kurze Strecke die Straßenbahn benutzt hat. Die Stanpauke erfolgt nach dem Abendessen im Bibliothekszimmer und der alte Herr leitet seine Predigt mit den Worten ein: „Zuerst will ich das Licht ausschalten, dann wir können ja auch im Dunkeln reden und Strom sparen.“ Während er redet und redet, hört er plötzlich einige merkwürdige Geräusche vom Stuhl seines Sohnes her; er unterbricht sich und fragt streng: „Fritz, was tust Du?“ „Da ich eben so gut ohne sie hören kann“, kommt die Antwort aus dem Dunkeln, „so habe ich mir die Hosen ausgezogen, um sie zu hören.“

Der tüchtige Schupo.

„Wie konnten Sie den Gefangenen entweichen lassen?“ fragt der Polizeinspektor wütend. „Er lief durch eine Türe, auf der stand: Eintritt streng verboten! Wie hätte ich ihm da folgen können?“ antwortete der Schupo unschuldig.

Gut aufgehoben.

Der Schneider bringt mit seiner seit langem nicht bezahlten Rechnung bis in das Schlafzimmer des Kunden vor und findet ihn im Bett. „Ich muß unbedingt Geld haben!“ sagt er dringlich. Der in seiner Ruhe Gekörte richtet sich gleich müde auf und sagt: „Ach bitte, öffnen Sie den Schreibtisch. Sehen Sie da ein Fach?“ Der Schneider öffnet es mit der stillen Hoffnung, darin Geld zu finden. „Nein, nicht das, das andere!“ Ungeduldig zieht der Gläubiger mehrere Schubladen auf. „Das ist das nächste“, ruft der Herr. „Was sehen Sie da?“ „Lauter Papiere“, sagt der Schneider. „Es sind alles Rechnungen. Legen Sie Ihre dazu. Und nun: Auf Wiedersehen!“

Vom I. o. zum hohen C.

„Ich dachte, es wäre leichter zu singen, als zu bogen, aber ich habe meine Meinung ändern müssen.“ So sagte der junge Tenor Arnaldo Lindi, der gegenwärtig an der Covent Garden-Oper in London große Erfolge erringt und der vor nicht langer Zeit noch ein bekannter Boxer in den Vereinigten Staaten war. Lindi, der eigentlich ein geborener Schwede ist und Harold Lindau heißt, kam mit 14 Jahren nach Amerika und begann seine Laufbahn als Boxer. Während der Übungen am Punching-Ball sang er mit lauter Stimme, und dadurch wurde man auf sein prachtvolles Organ aufmerksam. Nach kurzer Ausbildung trat er zum ersten Mal in der „Alida“ an der Bostoner Oper auf, erhielt dann in Italien eine weitere Schulung und begann von dort seine Ruhmeslaufbahn.

Eine große Apollon-Statue entdeckt.

In der Via dell' Abbondanza in Romweil wurde bei den letzten Ausgrabungen eine große fast 2 Meter hohe Bronze-Statue aufgefunden, in der man eine Darstellung Apollons erblickt. Die künstlerisch wertvolle Statue ist in gutem Erhaltungszustand; sie wurde in das Reapeler Museum gebracht, wo sie einer genaueren Untersuchung unterzogen werden soll.

Rundfunkprogramm Münster.

Freitag, den 19. Juni.

2-2.20 Uhr nachm.: Heinz Wispning liest aus Gustav Freitags „Bilder aus deutscher Vergangenheit“, anschließend Unterhaltungsmusik unter Mitwirkung von Ernst Brüggemann, Tonkünstler, Münster, und Rio Kube vom Theater der Stadt Münster.

7.30 Uhr abends: Vortrag: Otto Koenen, Münster, „Aus unserer Pflanzenwelt“.

8.30 Uhr abends: Volks- und Tanzlieder alter und neuer Meister für dreistimmigen Kinderchor. Beckhosen-Quartett, Münster, unter Leitung des Herrn Seubel, Münster.

Radio-Apparate u. Zubehör u. Lager an Wiederverkäufer
F. J. Schürmann, Elektro-Großhandlung, Münster i. Westf.
Burchardstr. 7. Tel. 3510. 11. 12. An gr. Plätzen Verfr. gesucht.

Willst Du weiße Wäsche

Wäsche mit Pece

Pece, die selbsttätige Bleichseife